

Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit?

Schwerpunkt
»Populistische Herausforderungen der Demokratie«

	Seite
»Freiheitsindex Deutschland 2017« mit dem Schwerpunkt »Populistische Herausforderungen der Demokratie«	4
Prof. Dr. Ulrike Ackermann	
Bildung »Freiheitsindex Deutschland 2017«	
Dr. Thomas Petersen	10
Die repräsentative Bevölkerungsumfrage mit dem Schwerpunkt »Populistische Herausforderungen der Demokratie«	
Dr. Thomas Petersen	30
Medieninhaltsanalyse	
Dr. Thomas Roessing	43

Prof. Dr. Ulrike Ackermann

**»Freiheitsindex Deutschland 2017«
mit dem Schwerpunkt
»Populistische Herausforderungen der Demokratie«**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde der Freiheit,

In den letzten Jahren hat uns sehr beunruhigt, dass westliche Freiheitswerte nicht nur weltweit, sondern auch bei uns in Europa und den USA unter immer stärkerem Druck gerieten. Sie wurden und werden von außen bedroht, aber auch von innen in Zweifel gezogen. Rechts- und linkspopulistische Bewegungen und Parteien in ganz Europa bedienen darüber hinaus antiwestliche Ressentiments, die unseren Lebensstil in Frage stellen. Erfreulicherweise hatten unsere Ergebnisse zu den Schwerpunkten »Westliche Werte« und »Westlicher Lebensstil« in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass die Deutschen ein Bewusstsein davon und eine Wertschätzung dessen haben und bereit sind, beides zu verteidigen. Auch wenn unter dem Eindruck des Brexits und seiner Folgen sowie der verheerenden Politik Donald Trumps Populisten von rechts wie von links überall an Boden verlieren, bleibt der Populismus eine Herausforderung. Er ist deshalb

Schwerpunkt des diesjährigen Freiheitsindexes. Denn auch unsere Demokratie ist nicht frei von populistischen Versuchungen – auch wenn die AfD glücklicherweise immer mehr an Einfluss verliert.

Dafür, und das ist ein sehr erfreulicher Befund, gewinnt die Idee der Freiheit in Deutschland wieder stärker an Boden, ihre Wertschätzung nimmt in all ihren Komponenten deutlich zu.

Den Freiheitsindex erhebt das John Stuart Mill Institut (JSMI) mittlerweile seit sieben Jahren. Das erlaubt uns inzwischen, stabile Trends ausmachen zu können. »Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit?« war und ist immer noch die Ausgangsfrage unseres Forschungsprojekts, das alljährlich seit 2011 das Freiheitsbewusstsein der Deutschen misst.

Wie definieren die Bürger für sich die Freiheit? Ist ihnen Selbstbestimmung wichtiger als soziale Gleichheit oder überwiegt das Sicherheitsbedürfnis? Was erwarten sie vom

Staat? Soll er sich heraushalten aus ihrem Alltagsleben oder sich stärker kümmern? Und: Wie berichten vergleichend dazu die Medien über Freiheit.

Dazu haben wir wieder zusammen mit Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) sowie dem Medienforscher Thomas Roessing vom Medieninstitut MCT Dortmund die Daten erhoben, aus denen sich der »Freiheitsindex Deutschland« zusammensetzt. In wissenschaftstheoretischen und methodischen Aspekten ist neben Hans Jörg Schmidt (JSMI) auch der Bamberger Soziologe und Empiriker Gerhard Schulze beratend beteiligt.

Der Index bildet den Zustand der politischen und individuellen Freiheit in einer Zahl ab. Relevant für die Messung der Freiheit ist dabei der Faktor Zeit, nämlich wie sich der von uns ermittelte Indikator im Verlauf der Jahre auf der Skala nach oben oder nach unten verschiebt. Für dieses Jahr können wir im Vergleich zum Vorjahr eine aufsteigende Entwicklung verzeichnen: Lag der Index 2016 bei + 0,33 (auf einer

Skala zwischen -50 und +50), so stieg er jetzt auf + 2,7. Inzwischen zeigt sich, dass wir mit dem Index ein solides Instrument entwickelt haben, das uns eine längerfristige Qualität in den jährlich zu vergleichenden Ergebnissen liefert.

Unser Index setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen:

Die erste Komponente haben wir ermittelt mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage auf der Grundlage von rund 1.450 Einzelinterviews des Allensbacher Instituts. Der Fragenkatalog mit 17 Fragenkomplexen erfasst die subjektive Bedeutung des Werts der Freiheit auf Seiten der Bürger in den Bereichen:

- gesellschaftliche Wertschätzung des Werts der Freiheit im Wettbewerb mit anderen Werten, wie z.B. Gleichheit, Sicherheit, Gerechtigkeit,
- subjektives Freiheitsempfinden der Bürger und
- Staatsorientierung, Einstellung zu Verboten und staatlichen Interventionen, soziale Kontrolle

Die zweite Komponente des Freiheitsindex liefert die quantitative Inhaltsanalyse führender

Nachrichtenprintmedien. Mit Hilfe eines Code-Buchs und sogenannter inhaltlicher Frames wird der Stellenwert der Freiheit in der Medienberichterstattung im Vergleich zu anderen Werten ermittelt.

Die Wertschätzung der Freiheit insgesamt, gemessen in der diesjährigen Gesamtzahl + 2,7, ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen. Es ist der höchste positive Wert seit 2011. Die Trends im allgemeinen Teil des Index haben sich verstetigt. Die gesellschaftliche Wertschätzung der Freiheit steigt und die Sehnsucht nach Gleichheit nimmt ab. Bei der Forderung nach Verboten haben wir keine wesentliche Veränderung. Doch das subjektive Freiheitsgefühl steigt kontinuierlich weiter. Darüber hinaus ist sehr erfreulich, dass das Vertrauen in die Freiheit der politischen Meinungsäußerung wieder wächst. Wir hatten die vergangenen Jahre eine beunruhigende Abwärtstendenz verzeichnet mit einem Tiefpunkt während der Flüchtlingskrise, die für ein angespanntes gesellschaftliches Klima sorgte.

Auch die Medieninhaltsanalyse von Thomas Roessing zeigt eine Verstetigung der Trends mit einer Aufwärtsbewegung für die Freiheit. Der Populismus war im Erhebungszeitraum kein großes Thema der leitenden Printmedien. Wobei der Begriff verblüffenderweise vornehmlich mit dem sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Martin Schulz in Verbindung gebracht wurde. Die Diskussionen über das Thema fanden wohl ausgeprägter in den Internetforen und sozialen Netzwerken statt.

Die Schwerpunktbefragung zum Thema »Populistische Herausforderungen der Demokratie« hat hochinteressante Ergebnisse erbracht, die uns sehr differenzierte Einblicke in das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Demokratie erlauben.

Neben der generellen Zunahme der Wertschätzung der Freiheit hat sich die Stimmungslage der Bevölkerung nach der Finanzkrise, der europäischen Schuldenkrise und der Migrationskrise normalisiert. Die Befürchtungen, die AfD erlange immer größeren Zulauf, haben

sich nicht bestätigt. Zu Alarmismus und Hysterie besteht deshalb keinerlei Anlass mehr. Die Bevölkerung hat dennoch ein der Realität angemessenes Bedrohungsbewusstsein. Sie sehen ihre Freiheit vornehmlich von Seiten des Terrorismus und des Extremismus bedroht – was die jüngsten Zahlen des Verfassungsschutzes und des Innenministeriums bestätigen. Die Angst vor Wandel, vor Veränderungen, vor Unkalkulierbarkeit angesichts der weltweiten Migrationsbewegungen, vor der Terrorismusbedrohung und der zeitweise politische Kontrollverlust hatten den Hype für die AfD und andere populistische Verlockungen zeitweise befördert. Inzwischen ist das generelle Vertrauen in die Institutionen der Demokratie wieder sehr stabil.

Doch herrscht erstaunlicherweise eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Prinzip der Repräsentation. Denn 68 Prozent der Bevölkerung wünschen, dass Politiker den Volkswillen unmittelbar umsetzen. Und nur 27 Prozent sind der Meinung, Politiker sollen in ihren Entscheidungen nicht automatisch dem Mehrheitswillen des Volkes, sondern dem eigenen Gewissen

folgen. Auch wenn diese Neigung zur unmittelbaren Volksherrschaft ein Charakteristikum des Populismus ist, ist dies in Deutschland in großer Mehrheit nicht gekoppelt mit Rigorismus und Kompromisslosigkeit. Diese klassische Kombination ist allerdings bei den AfD-Wählern ausgeprägt. Ähnlich verhält es sich mit Elementen des apokalyptischen Denkens, wonach das Land dem Untergang geweiht sei, wenn sich nichts ändere. Dem widerspricht auch der Großteil der Deutschen, wohingegen es in AfD-Kreisen sehr verbreitet ist.

Bedenklich ist die in den letzten Jahren deutliche Zunahme der Verächtlichmachung der Politik. Immerhin 39 Prozent sagen, »Politiker haben keine Ahnung, das könnte ich besser machen«; bei der AfD glauben dies sogar 64 Prozent. Dieses Misstrauen setzt sich fort in den Zweifeln an der Bereitschaft der Politiker, den Wählern zu dienen und die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. 43 Prozent unterstellen, Politiker verfolgten andere Interessen, z.B. die eigenen, Partei-, Wirtschafts- oder Lobbygruppeninteressen. Das heißt, das Miss-

trauen in die Akteure der politischen Klasse ist groß. Das setzt sich im Argwohn gegenüber den Abgeordneten fort: nur 25 Prozent glauben, Abgeordnete wüssten über die Sorgen der Bevölkerung und das, was sie bewegt, Bescheid. Den Spitzenkräften der Wirtschaft wird noch weniger Vertrauen entgegengebracht, nur 11 Prozent vertrauen ihnen; Journalisten vertrauen immerhin 33 Prozent. Skepsis und mangelndes Vertrauen in die Elite, in Leistungs- und Funktionsträger aus Politik, Wirtschaft und Medien sind also nicht nur an den rechten und linken Rändern der Gesellschaft zu beobachten, sondern reichen weit hinein in die bürgerliche Mitte.

Auch wenn diese populistischen Elemente des Denkens in der Bevölkerung weit verbreitet sind, beobachten wir eine deutliche Trendwende. Der Höhepunkt der Institutionen- und Politikverachtung ist überschritten. Auch im Langzeitvergleich sieht man: Der Ruf nach Veränderung des politischen Systems ist leise, ebenso die Rufe nach einem starken Mann. 79 Prozent, stabil seit 1985, befürworten ganz

klar ein pluralistisches Regierungssystem. Und die aggressiv-misstrauische Haltung gegenüber Politikern hat innerhalb eines Jahres nach dem Abklingen der Flüchtlingskrise deutlich abgenommen.

Stattdessen wächst das Ansehen der demokratischen Institutionen, insbesondere auch des Bundestags, ein Zeichen dafür, dass die Demokratie in der Bevölkerung wieder stärker verankert ist. Das spiegelt sich auch im Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen wider, das trotz Finanzkrise, europäischer Staatsschuldenkrise und Flüchtlingskrise stabil bleibt.

Der populistische Zeitgeist, wie ihn Pegida und die AfD in Deutschland verkörpern, ist deutlich auf dem Rückzug. Die Bevölkerung sieht in der AfD keine normale, politische Partei, sondern eine kleine isolierte Minderheit. Rückblickend kann man sagen, dass die AfD in ihrer Hochphase besonders von der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung profitierte. Verglichen damit hat sich die Stimmungslage der Bürger im Hin-

blick auf das Staatswesen und den Zustand der Demokratie deutlich beruhigt und stabilisiert.

Dennoch hat die Bevölkerung ein waches Bewusstsein von den aktuellen Bedrohungen der Freiheit. An erster Stelle nennen die Befragten den internationalen Terrorismus, gefolgt von extremistischen Gruppen. Sie sind auch der Meinung, dass der Staat nicht hart genug gegen Extremisten durchgreift. Als weitere Bedrohungen der Freiheit werden die wachsende Ungleichheit und der Islam genannt. Im Vergleich zu 2015 hat das Bedrohungsgefühl zwar insgesamt abgenommen. Wir können jedoch eine interessante Verschiebung beobachten: Terrorismus, Extremismus und Islam sind als Faktoren der Freiheitsbedrohung gestiegen, dafür haben Überwachung und die Einschränkung von Bürgerrechten als die Freiheit bedrohende Faktoren für die Bevölkerung an Relevanz verloren. Zugunsten größerer Sicherheit nehmen die Bürger ganz offensichtlich staatliche Einschränkungen ihrer privaten Freiheiten in Kauf. Die Erfahrung terroristischer Angriffe sorgt dafür, dass der Persönlichkeitsschutz als hoher Freiheitswert of-

fer, liberaler Gesellschaften in unsicher gewordenen Zeiten hinter die Terrorismusbekämpfung zurücktritt. Das Phänomen konnten wir bereits seit 9/11 in den USA beobachten. Inzwischen hat es sich auch in Europa breitgemacht – sehr eindrücklich ist es gerade in Frankreich zu beobachten. Die Bürger wünschen sich eine wehrhafte Demokratie, die ihre Freiheiten vor den Feinden der Freiheit schützt.

Herzliche Grüße

Ihre



Prof. Dr. Ulrike Ackermann



Prof. Dr. Ulrike Ackermann ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und hat Soziologie, Politik, Neuere Deutsche Philologie und Psychologie in Frankfurt studiert. 2002 gründete und leitete sie das Europäische Forum an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Seit 2004 arbeitete sie als freie Autorin (Die WELT, FAZ, Sueddeutsche Zeitung u.a.), Soziologie-Kolumnistin der Zeitschrift

MERKUR sowie Verfasserin und Moderatorin zahlreicher Rundfunksendungen (DLF, SWR, WDR, NDR, u.a.).

2008 wurde sie zur Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt »Freiheitsforschung und Freiheitslehre« berufen. 2009 gründete sie das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung in Heidelberg und ist seitdem dessen Direktorin.

Dr. Thomas Petersen

Bildung »Freiheitsindex 2017«

Bildung »Freiheitsindex Deutschland 2017«

Zur Bildung des Freiheitsindex werden einige der wichtigsten Informationen aus Umfrage und Inhaltsanalyse zu einer Maßzahl zusammengeführt, die in einer einfachen und übersichtlichen Form Auskunft über die Entwicklung des Werts der Freiheit in der deutschen Gesellschaft Auskunft geben soll.

In einen solchen Index können nicht alle Fragen aus der Umfrage, nicht alle Kategorien der Inhaltsanalyse eingehen. Er kann folglich auch nicht alle Einzelaspekte des Themas abdecken. Er sollte aber die wichtigsten Dimensionen des Themas umfassen, um als verlässlicher Maßstab dienen zu können. Die Auswahl der Fragen und Kategorien ist letztlich Ermessenssache. Umso wichtiger ist es, dass die Zusammensetzung des Index transparent gemacht wird und für Außenstehende nachvollziehbar bleibt.

Festgelegt werden muss außerdem die Bandbreite, innerhalb welcher der Indexwert schwanken kann. Der Freiheitsindex kann zwischen -50 und +50 schwanken, wobei ein Wert über Null ein Übergewicht der Freiheit im Vergleich zu konkurrierenden Werten und gesellschaftlichen Zielen symbolisiert, ein Wert unter Null steht für eine vergleichsweise schwächere Position des Werts der Freiheit. Auf diese Weise ermöglicht es der Freiheitsindex, auf den ersten Blick zu erkennen, ob die Freiheit gesellschaftlich unter Druck steht oder umgekehrt dominiert.

Der Index setzt sich derzeit aus drei Teilindizes zusammen, die sich im Einzelnen wie folgt errechnen:

Der erste Teilindex repräsentiert den gesellschaftlichen Stellenwert der Freiheit, wie er sich in den Umfrageergebnissen niederschlägt. Hierfür wurden die für diesen Aspekt drei wichtigsten Umfrageergebnisse herangezogen. Das erste ist der Anteil derjenigen, die die Meinung vertreten, jeder sei „seines Glückes Schmied.“ Dieser Anteil liegt bei 48 Prozent, während

34 Prozent die Gegenposition „Die einen sind oben, die anderen unten“ vertreten. 18 Prozent äußern sich unentschieden. Für den Index werden nun die 18 Prozent Unentschiedenen aus dem Ergebnis herausgerechnet, so dass allein der Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen Positionen übrig bleibt: 59 Prozent derer, die eine eindeutige Meinung äußern, sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, 41 Prozent sagen „Die einen sind oben, die anderen unten.“

Gäbe es ein Gleichgewicht zwischen den beiden gegensätzlichen Meinungen, müsste der Anteil derjenigen, die sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 50 Prozent liegen. Deswegen wird dieser Wert als Nullpunkt, als Bezugspunkt definiert. Das tatsächliche Ergebnis von 59 Prozent liegt 9 Prozentpunkte darüber. Darum geht diese Frage mit dem Wert von +9 in den Teilindex ein.

Analog hierzu wird auch bei der Frage vorgegangen, ob im Konfliktfall die Freiheit oder die Gleichheit wichtiger sei (Ergebnis +7). Das dritte Element des ersten Teilindex bildet

die Frage, in welchen Lebensbereichen Verbote eingeführt werden sollten. Hier wird der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei 16 zur Auswahl gestellten Bereichen kein Verbot fordern, mit dem Basiswert von 50 in Bezug gesetzt, was zu einem Teilwert von +12 führt. Aus diesen drei Teilwerten wird nun der Durchschnitt gebildet. Er liegt bei +9 und damit um zwei Punkte höher als im letzten Jahr.

Auch der zweite Teilindex beruht auf den Umfragergebnissen. Er repräsentiert das Maß der von der Bevölkerung subjektiv empfundenen Freiheit. In ihn geht der Anteil derjenigen ein, die sagen, man könne seine politische Meinung in Deutschland frei äußern (68 Prozent unter Ausschluss der Unentschiedenen, gemessen am Basiswert 50: +18), außerdem der Anteil derer, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen und dies dadurch dokumentieren, dass sie bei der entsprechenden Frage auf einer Skala von 0 bis 10 die Stufen 8, 9 oder 10 wählen. Dies trifft auf 52 Prozent der Deutschen zu, was einem Wert von +2 entspricht. Der zweite Teilindex entspricht dem Durchschnitt aus den beiden

Teilwerten, also +10, vier Punkte über dem Wert des Vorjahres.

Der dritte Teilindex schließlich wird auf der Grundlage der Inhaltsanalyse errechnet. Er repräsentiert die Bedeutung der Freiheit in der Medienberichterstattung. Als Basis für die Berechnung werden die Ergebnisse der sogenannten „Frame-Analyse“ verwendet, bei der das grundlegende Argumentationsmuster verschlüsselt wird, das in den Artikeln dominiert. Die Konstruktion erfolgt inhaltlich und methodisch analog zum ersten Teilindex: Der Anteil der Beiträge, bei denen der Freiheitsframe gegenüber dem Zwangsframe dominiert, liegt unter Ausschluss der Kategorie „Ambivalent“, also der nicht eindeutig zuzuordnenden Beiträge, bei 57 Prozent, was nach Umrechnung auf die Basiszahl 50 einem Wert von +7 entspricht. Das ist ein sehr deutlicher Sprung gegenüber dem vergangenen Jahr, als der Wert noch bei -8 lag. Im Jahr 2014 hatte er sogar noch bei -38 gelegen. Hier hat sich der Tenor der Berichterstattung als in den letzten Jahren fundamental geändert.

Entsprechend wird bei dem Kategorienpaar Freiheitsframe/Gleichheitsframe (-23) und Freiheitsframe/Verbotsframe (-16) vorgegangen. Beim Gleichheitsframe ist eine negative Entwicklung zu verzeichnen, die in der Stärke ungefähr der gegenläufigen Tendenz beim Zwangsframe entspricht. Beim Verbotsframe ist eine leichte positive Veränderung zu verzeichnen, so dass der dritte Teilindex, der sich aus dem Durchschnitt dieser drei Zahlen ergibt, im Freiheitsindex Deutschland 2017 mit -11 einen Punkt über dem Vorjahr liegt.

Der endgültige Freiheitsindex 2017 wiederum ist der Durchschnitt aus den drei Teilindices +9, +10 und -11. Er liegt bei +2,7 und damit auf dem höchsten Niveau seit dem Jahr 2011 und zum zweiten Mal in Folge im positiven Bereich. Diese Entwicklung ist gleichermaßen auf positivere Urteile der Bevölkerung wie auf eine gegenüber dem Vorjahr erneut etwas freiheitsfreundlichere Berichterstattung zurückzuführen. Anders als in den vergangenen Jahren bewegen sich Bevölkerung und Berichterstattung damit parallel zueinander. Ein Auseinander-

derdriften von Bevölkerung und Medien, wie es in früheren Jahren festgestellt werden musste, ist nicht mehr zu erkennen. Allerdings spielt die freiheitliche Perspektive in der Berichterstattung insgesamt noch immer eine geringere Rolle als in den Vorstellungen der Bürger.

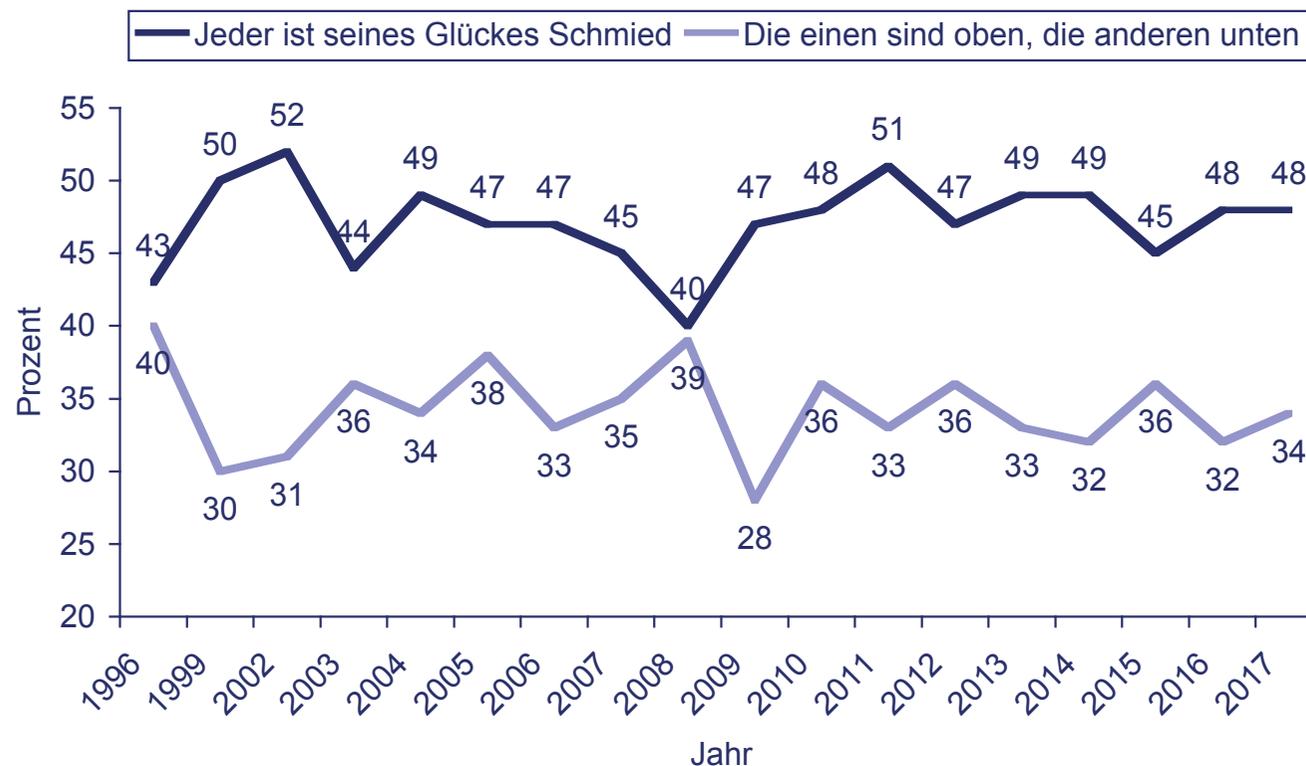
Thomas Petersen

IfD Institut für Demoskopie Allensbach

„Jeder ist seines Glückes Schmied“

Frage: „Zwei Männer/Frauen unterhalten sich über das Leben (...)

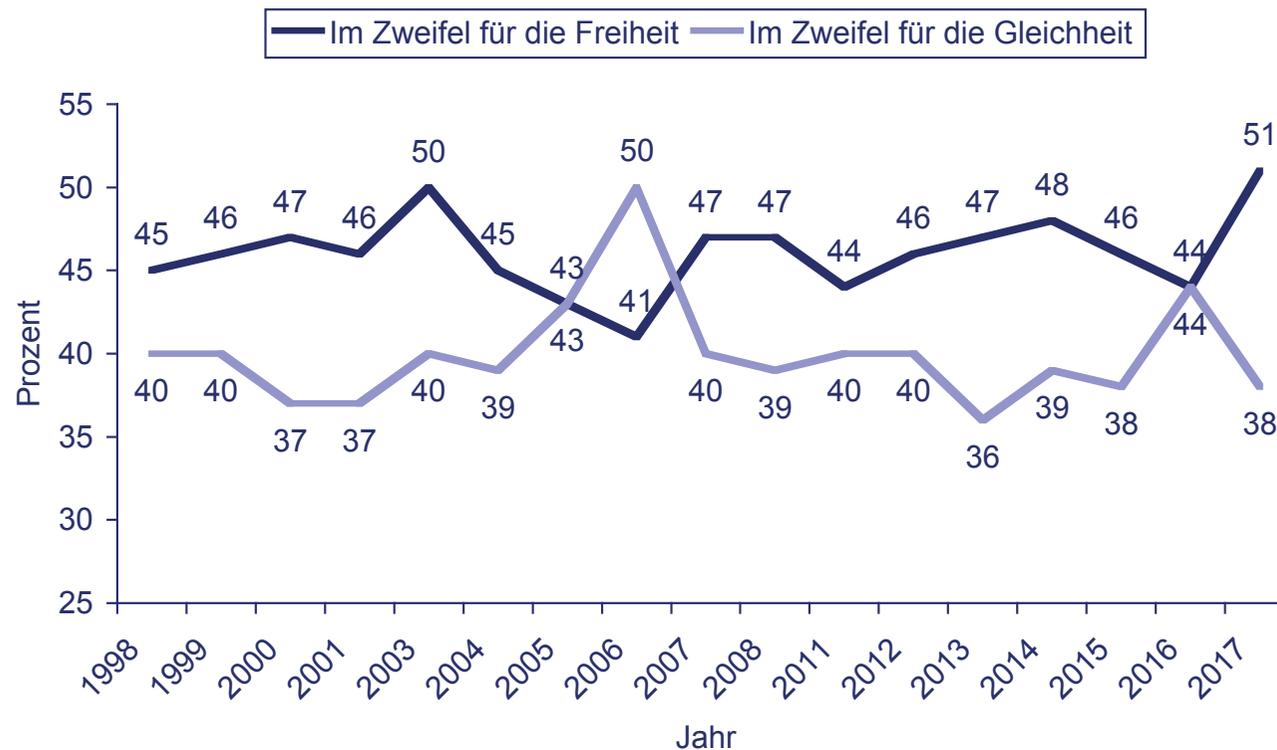
Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht - der/die erste oder der/die zweite?“



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071

Freiheit oder Gleichheit

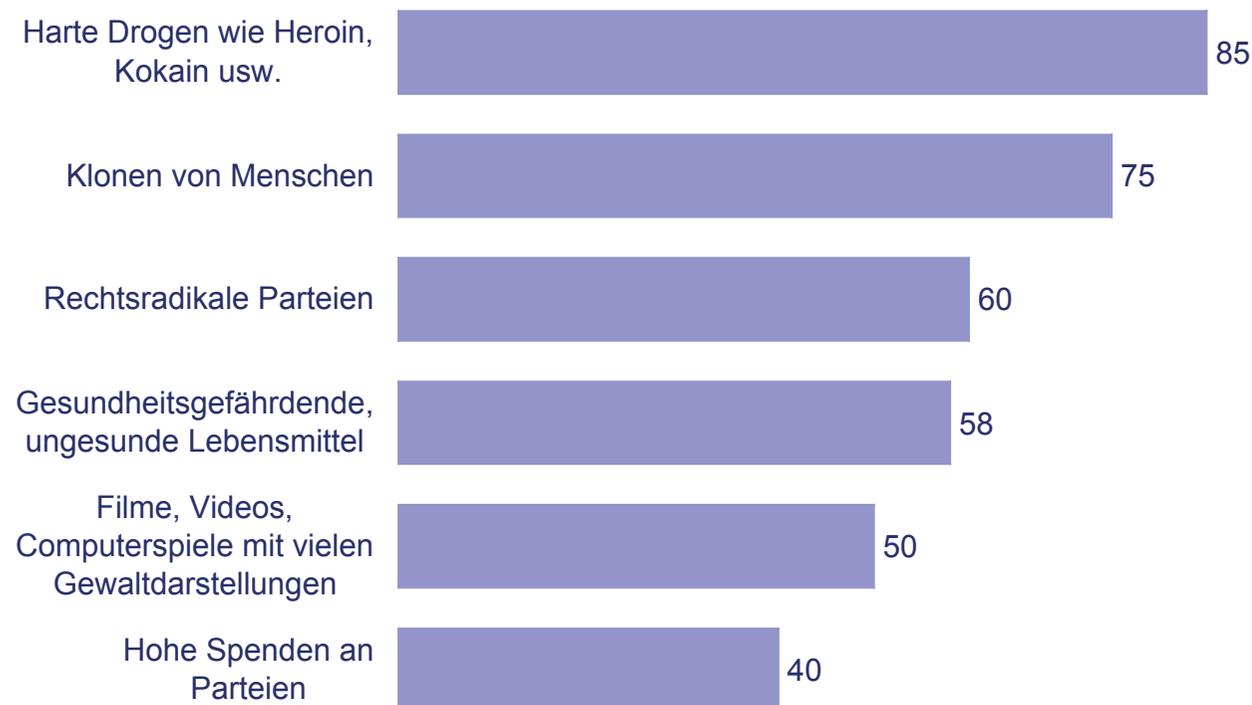
Frage: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt am ehesten das, was auch Sie denken?“ (Bildblattvorlage)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071

Der Ruf nach Verboten I

Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11071

Der Ruf nach Verboten II

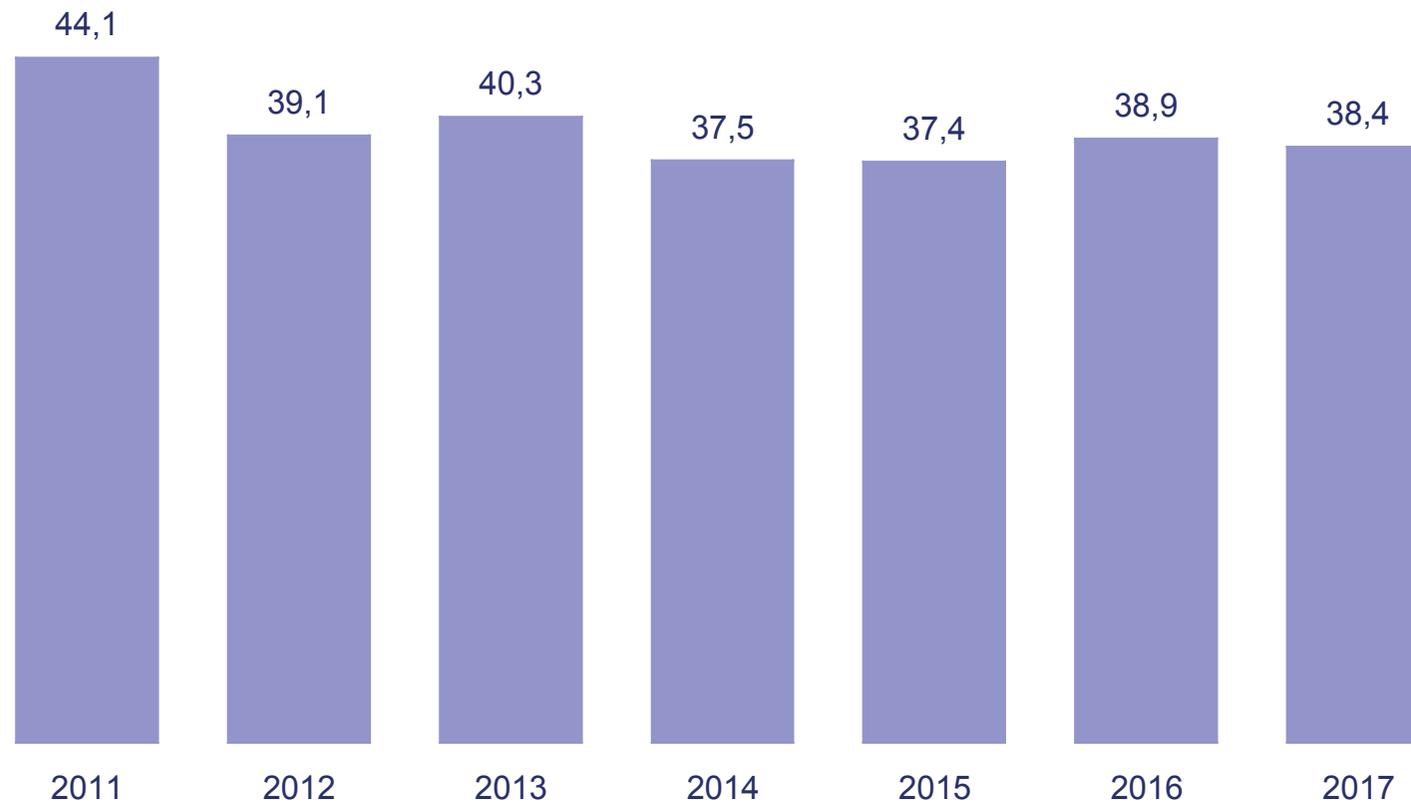
Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11071

Der Ruf nach Verboten III

Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die bei 16 Listenpunkten ein Verbot fordern, in Prozent



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen zuletzt Nr. 11071

Subjektives Freiheitsempfinden

Frage: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Sagen Sie es mir bitte nach dieser Leiter hier...“ (Vorlage einer Skala von 0 bis 10)

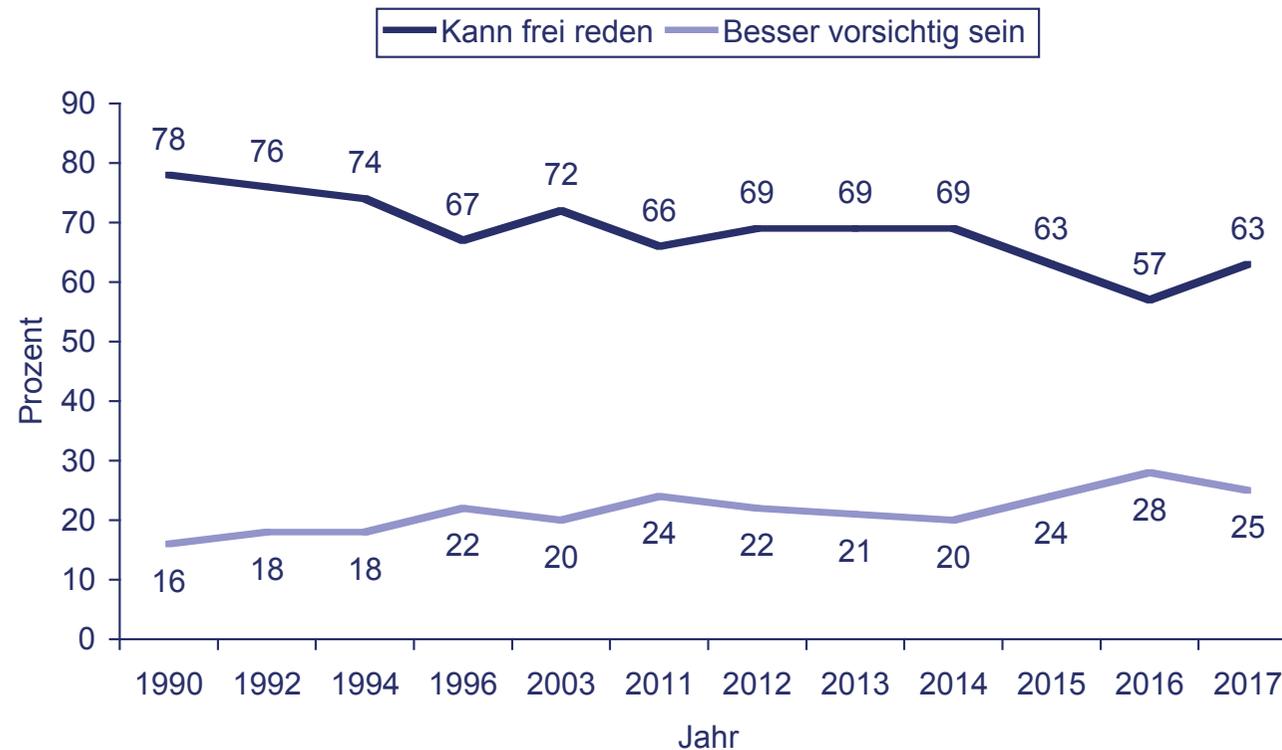
- Anteil derjenigen, die die Punkte 8 bis 10 wählen -



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071

Freie Meinungsäußerung

Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“



An 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder Unentschieden
Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071

Freiheitsindex Deutschland 2017: Teilindex 1: Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit

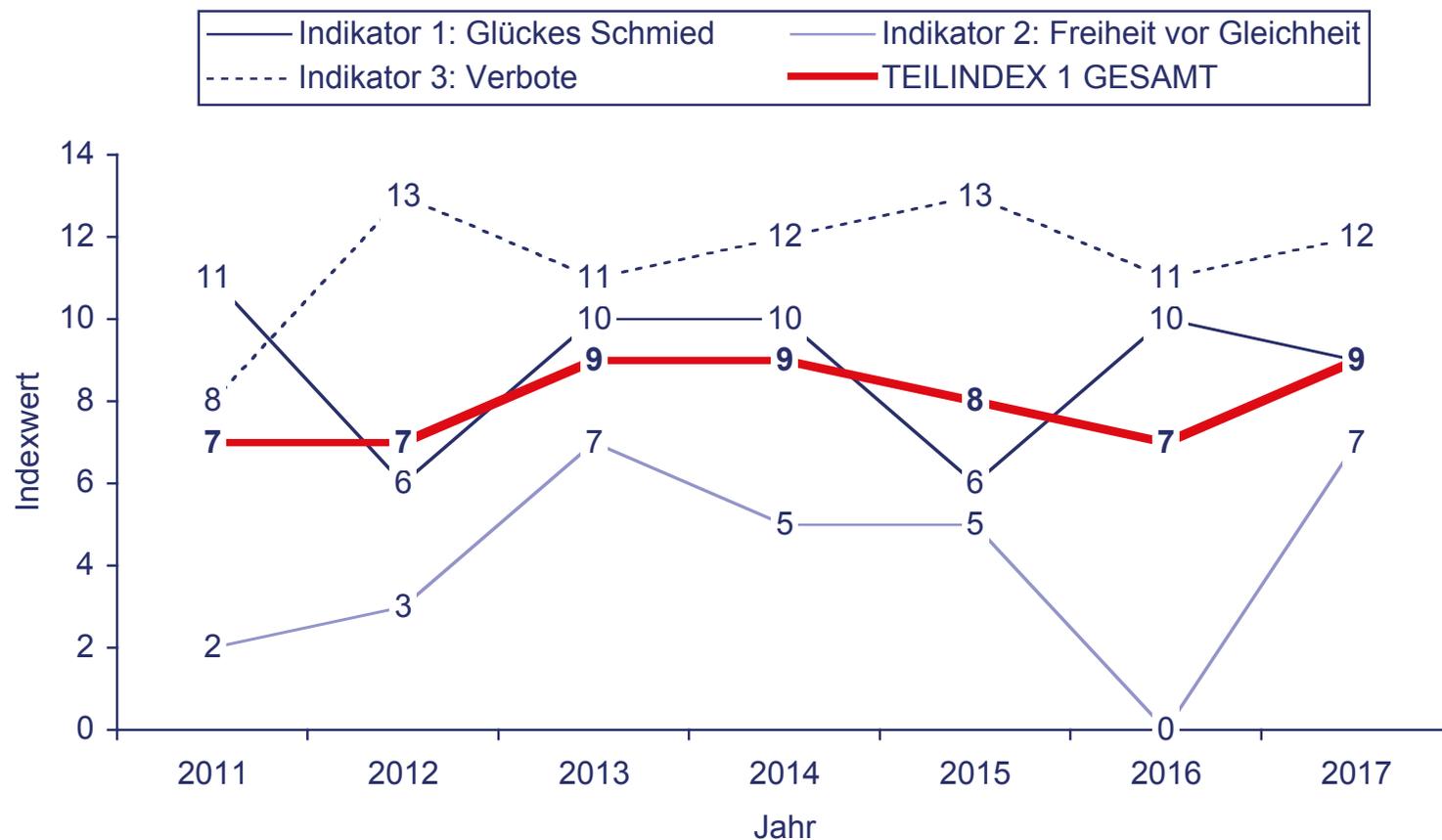
Ergebnisse der drei wichtigsten Indikatoren der Umfrage:

Indikator 1: Anteil derer, die sagen: „Jeder ist seines Glückes Schmied“
unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten, umgerechnet
auf den Basiswert 50

Indikator 2: Anteil derer, die Freiheit den Vorrang vor Gleichheit geben,
unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten, umgerechnet
auf den Basiswert 50

Indikator 3: Durchschnittlicher Anteil derer, die bei 16 verschiedenen Lebensbereichen
kein Verbot fordern, umgerechnet auf den Basiswert 50

Freiheitsindex Deutschland 2017: Teilindex 1: Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10077, 10097, 11012, 11023, 11039, 11055, 11071

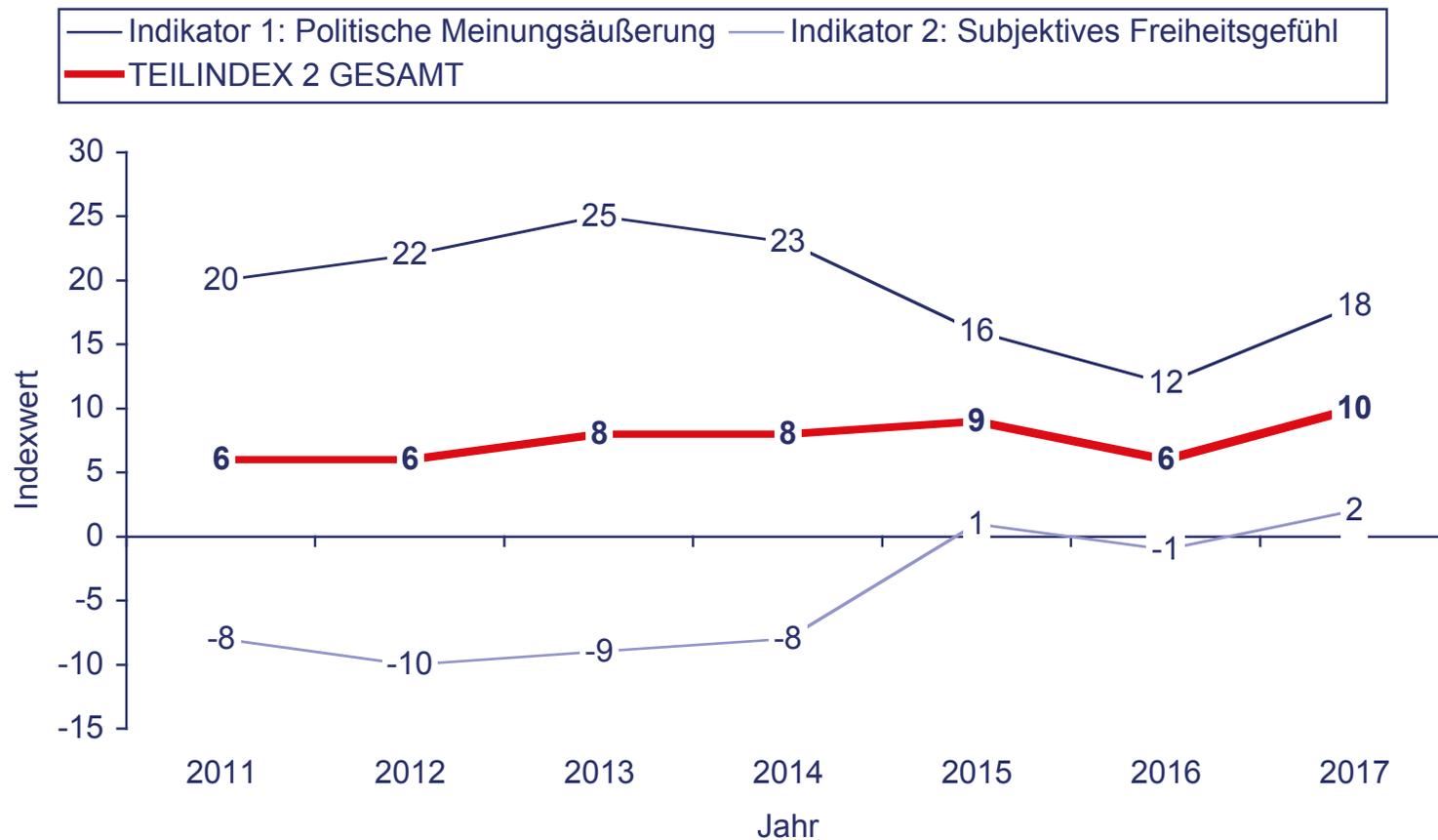
Freiheitsindex Deutschland 2017: Teilindex 2: Subjektiv empfundene Freiheit

Ergebnisse der zwei wichtigsten Indikatoren der Umfrage:

Indikator 1: Anteil derer, die sagen, man könne seine politische Meinung frei äußern, unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten, umgerechnet auf den Basiswert 50

Indikator 2: Anteil derer, die sich in ihrem Leben sehr frei fühlen (Stufen 8 bis 10 auf der elfstufigen Skala von 0 bis 10), unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten, umgerechnet auf den Basiswert 50

Freiheitsindex Deutschland 2017: Teilindex 2: Subjektiv empfundene Freiheit



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10077, 10097, 11012, 11023, 11039, 11055, 11071

Freiheitsindex Deutschland 2017: Teilindex 3: Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung

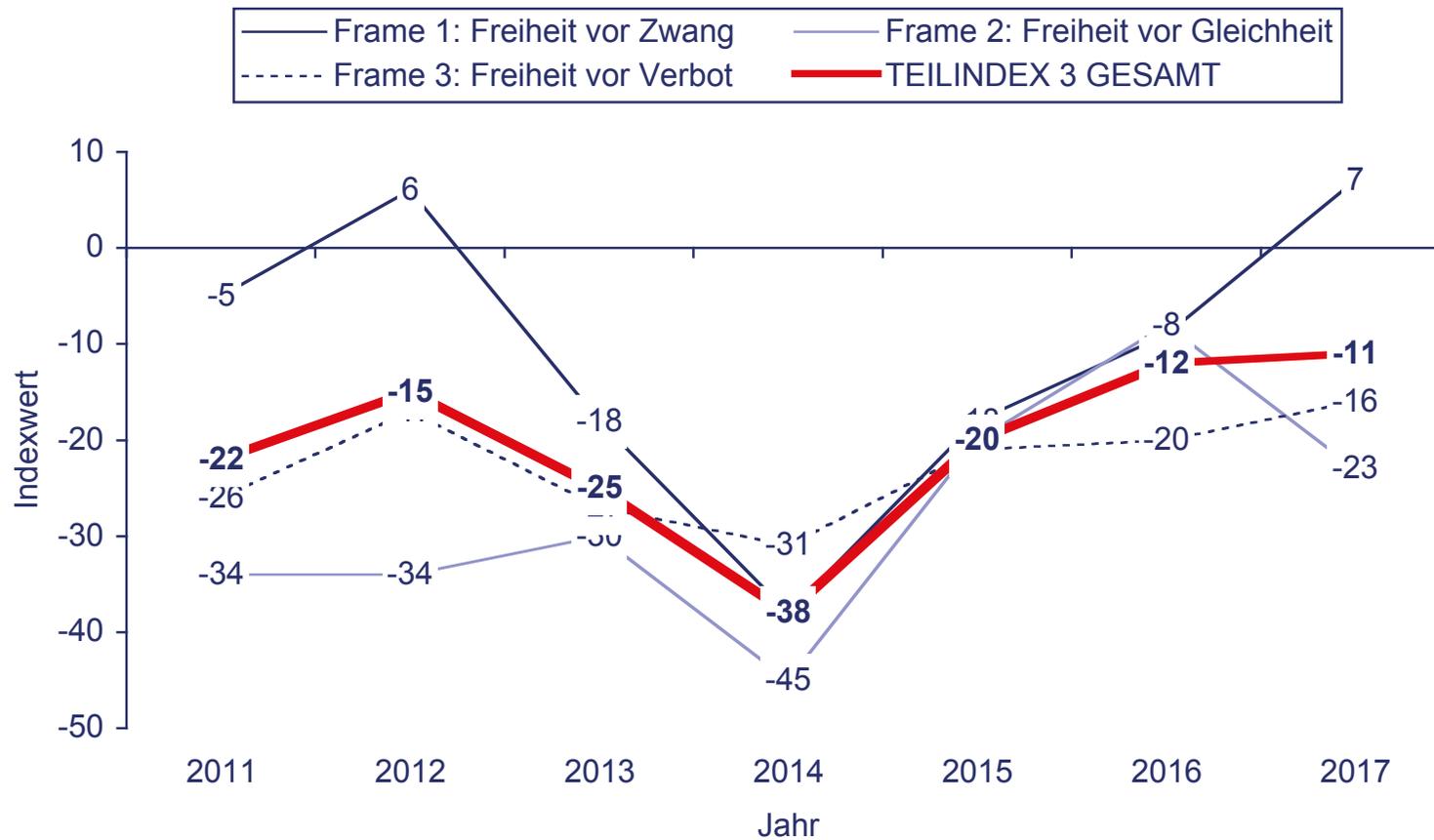
Ergebnisse der drei wichtigsten Indikatoren der Inhaltsanalyse:

Indikator 1: Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Zwangsframe dominiert, umgerechnet auf den Basiswert 50

Indikator 2: Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Gleichheitsframe dominiert, umgerechnet auf den Basiswert 50

Indikator 3: Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Verbotsframe dominiert, umgerechnet auf den Basiswert 50

Freiheitsindex Deutschland 2017: Teilindex 3: Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung



Quelle: mct Dortmund

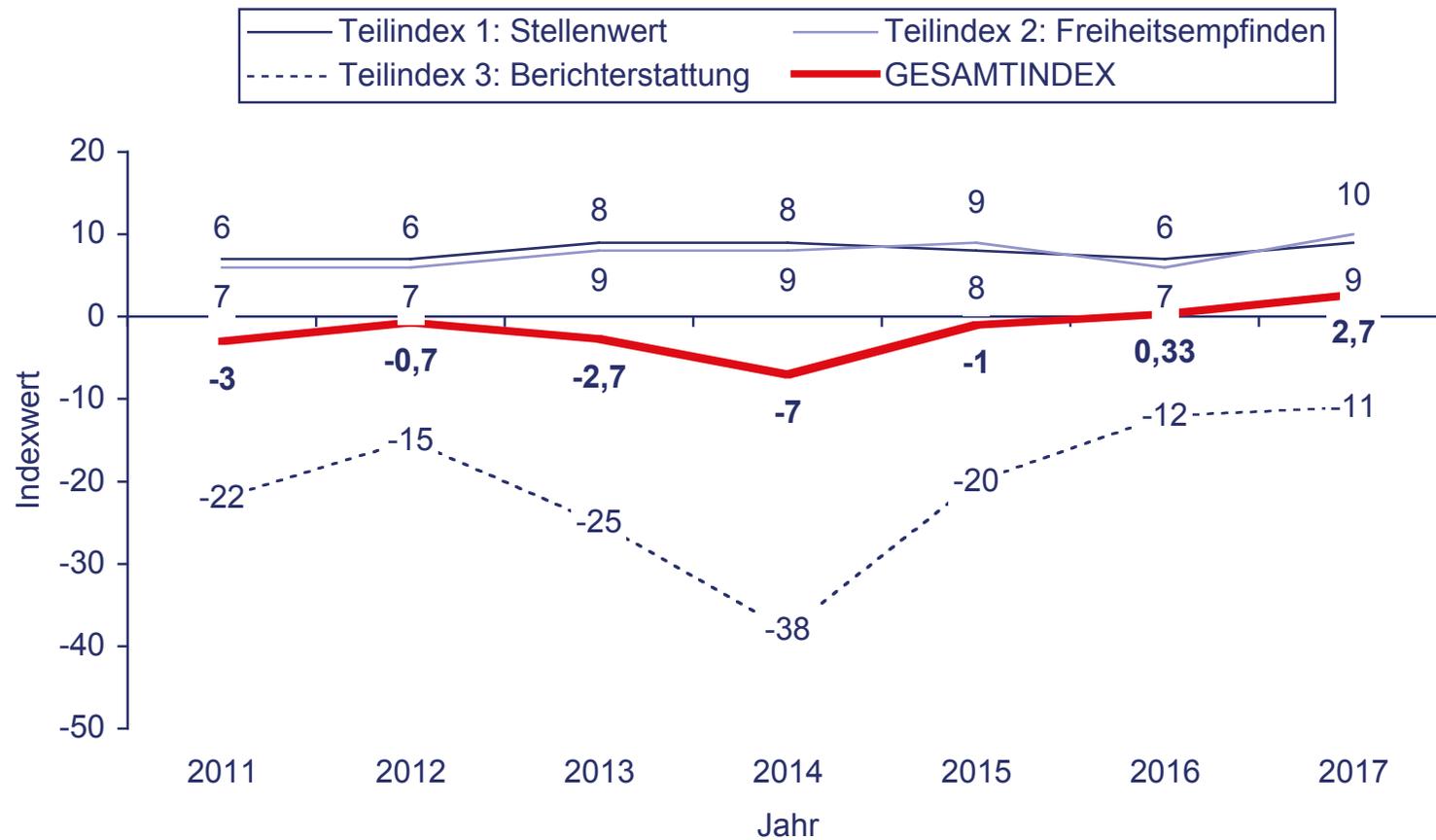
Freiheitsindex Deutschland 2017: Gesamtindexbildung

Ergebnisse der drei Teilindices:

Index-Teilwert 1:	+ 9
Index-Teilwert 2:	+10
Index-Teilwert 3:	- 11

Durchschnitt aus den drei Teilindices: + 2,7

Freiheitsindex Deutschland 2017: Entwicklung der Teilindices und des Gesamtindex



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10077, 10097, 11012, 11023, 11039, 11055, 11071 / mct Dortmund

Freiheitsindex Deutschland 2011 - 2017



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10077, 10097, 11012, 11023, 11039, 11055, 11071 / mct Dortmund

Dr. Thomas Petersen

Die repräsentative Bevölkerungsumfrage mit dem Schwerpunkt

»Populistische Herausforderungen der Demokratie«

Freiheitsindex Deutschland 2017 - die Bevölkerungsumfrage

Verfolgte man um die Jahreswende 2016/2017 die aktuelle Berichterstattung, konnte man den Eindruck gewinnen, die Welt sei aus den Fugen geraten. Die Diskussion um die Innere Sicherheit nach dem Terroranschlag in Berlin, die Vorgänge in der Türkei und vor allem der Machtwechsel in den Vereinigten Staaten schienen viele Journalisten, Politiker und Analytiker erheblich verunsichert zu haben. Doch anders als man angesichts dieser Berichte hätte annehmen können, waren die Deutschen alles in allem nur mäßig nervös.

Das galt bis zu einem gewissen Grade auch für das Thema Flüchtlinge, das die Bevölkerung die ganze zweite Jahreshälfte 2015 und das ganze Jahr 2016 sehr beschäftigt hatte. Nach wie vor beschäftigt die Deutschen dieses Thema sehr, doch seit dem Höhepunkt der Aufmerksamkeit um die Jahreswende 2015/2016 ist die

Zahl derjenigen gewachsen, die glaubten, die Regierung habe die Lage unter Kontrolle.

Die deutsche Demokratie befindet sich damit in einer scheinbar paradoxen Situation: Einerseits ziehen neue populistische Bewegungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich, andererseits zeigen die Allensbacher Umfragen keine Anzeichen für eine Abwendung der Bevölkerung von den Prinzipien der Demokratie, ja sie zeigen noch nicht einmal tiefergehende Zweifel, die über kurzfristige, rein tagespolitisch zu begründende Schwankungen hinaus gingen.

Wie können unter diesen Umständen dennoch populistische Bewegungen entstehen? Man kann dies nur verstehen, wenn man sich vor Augen hält, dass diese eines besonderen gesellschaftlichen Grundklimas bedürfen, deren wichtigstes Element eine verbreitete verächtliche Haltung gegenüber der Politik ist, verbunden mit der Vorstellung, dass diese etwas Einfaches sei und Politiker Menschen, die keine besonderen Fähigkeiten haben. Diese Vorstellung hat sich in Deutschland in den letz-

ten Jahrzehnten gründlich durchgesetzt.

In einem solchen gesellschaftlichen Klima ist der Vorwurf gegenüber Politikern und anderen Vertretern gesellschaftlicher Eliten, sie seien bürgerfern, wohlfeil. Auf die Frage „Glauben Sie, dass die Abgeordneten in Berlin die Sorgen der Bevölkerung verstehen und wissen, was die Menschen derzeit bewegt, oder glauben Sie das nicht?“ antworteten in der aktuellen Umfrage für den Freiheitsindex Deutschland 25 Prozent, sie glaubten dies. 56 Prozent widersprachen.

Die Elemente populistischen Denkens sind in der Bevölkerung weit verbreitet, doch die Umfrage zum „Freiheitsindex Deutschland“ zeigt auch deutlich, dass das gesellschaftliche Klima der Institutionen- und Politikverachtung, das die Grundlage für das Gedeihen populistischer Strömungen bildet, seinen Höhepunkt überschritten hat. Bereits seit etwa einem Jahrzehnt zeigen verschiedene Indikatoren für die Demokratieverankerung, die seit den 60er Jahren schwächer und schwächer geworden waren, wieder in eine positive Richtung. Diese

Entwicklung hat sich unbeeindruckt durch alle öffentlich so intensiv diskutierten Krisen - die Finanzkrise, die Staatsschuldenkrise in Griechenland und die Flüchtlingskrise - und ungeachtet der Konjunktur radikaler Parteien fortgesetzt. Das bedeutet, dass es sich bei den gegenwärtigen populistischen Bewegungen um den späten Triumph eines Zeitgeistes handelt, der tatsächlich seit geraumer Zeit wieder im Abklingen begriffen ist. Für populistische Parteien wird das Klima in Deutschland langsam aber sicher rauer.

Betrachtet man die Stimmungslage der Bevölkerung in Bezug auf das Staatswesen und den Zustand der Demokratie zusammengefasst, so kann man eher von einer Beruhigung und Stabilisierung als von einer besonders krisenhaften Situation sprechen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Bürger nicht auch Gefahren für die Freiheit des Landes sehen. Eine bereits im Fragebogen für den Freiheitsindex Deutschland 2015 enthaltene und in der aktuellen Umfrage wiederholte Frage lautete: „Was sehen Sie als Gefahr für die Freiheit in Deutschland, wer oder was bedroht die Freiheit hier

bei uns Ihrer Meinung nach?“ Die Antworten zeigen, dass nicht auf allen Gebieten ein Rückgang der Besorgnis zu verzeichnen ist, sondern dass stattdessen eine Verschiebung der Schwerpunkte stattgefunden hat: 2015 wählten durchschnittlich noch 49 Prozent der Befragten die Punkte aus, bei denen Bedrohungen der persönlichen Freiheiten der Bürger durch staatliche Maßnahmen angesprochen wurden, beispielsweise dass im Kampf gegen den Terrorismus immer mehr Bürgerrechte eingeschränkt werden. Im Jahr 2017 entfielen auf diese Punkte im Durchschnitt noch 35 Prozent. Diese Themen, die die öffentliche Diskussion noch vor einigen Jahren beherrschten, spielen für die Bürger heute offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle. Stattdessen konzentrieren sich die Sorgen der Bürger stärker als zuvor auf die Themen Terrorismus und Extremismus.

Unter dem Eindruck der terroristischen und extremistischen Bedrohungen schließen die Bürger die Reihen. Doch andere Gefährdungen, die abseits dieser Bedrohungen liegen, verlieren damit auch ihren Schrecken. Man glaubt ein

wenig, das Prinzip „Der Zweck heiligt die Mittel“ zu erkennen: Wenn es darum geht, Terroristen zu bekämpfen, wird die Sorge um den Persönlichkeitsschutz nebensächlich.

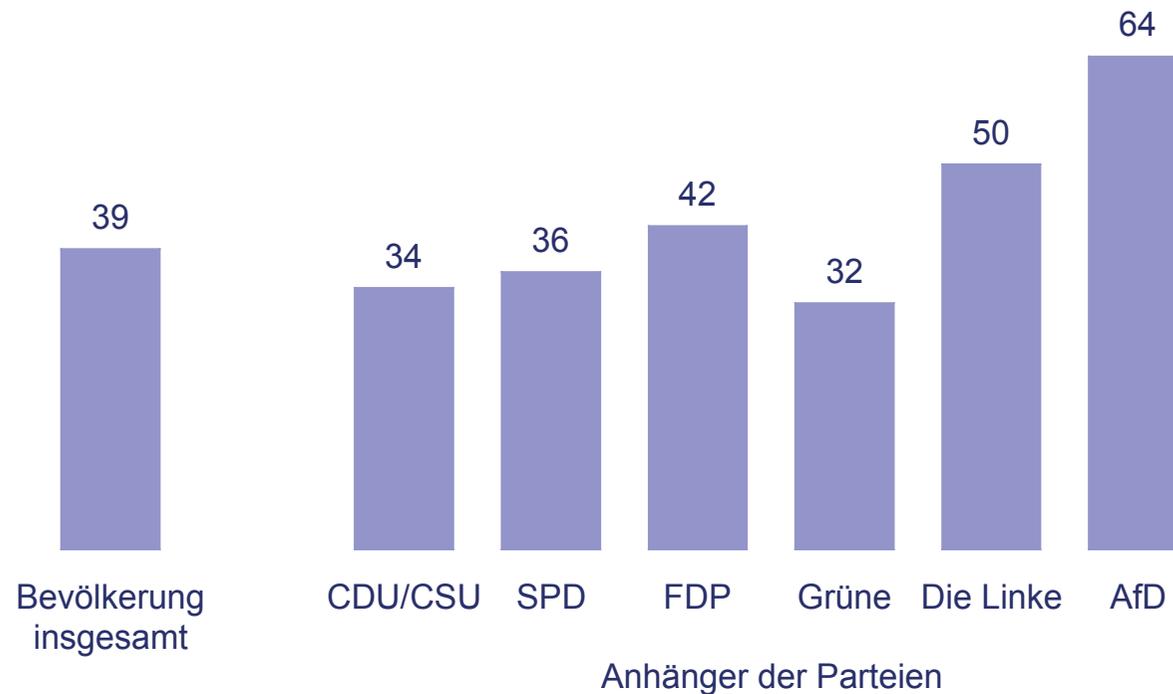
Thomas Petersen

IfD Institut für Demoskopie Allensbach

„Das könnte ich besser als die“

Frage: „Neulich sagte uns jemand: ‚Wenn ich mir anschau, was in der Politik so gemacht wird, denke ich mir oft: Die Politiker haben keine Ahnung. Das könnte ich besser als die.‘ Denken Sie das auch öfter, oder ist das nicht der Fall?“

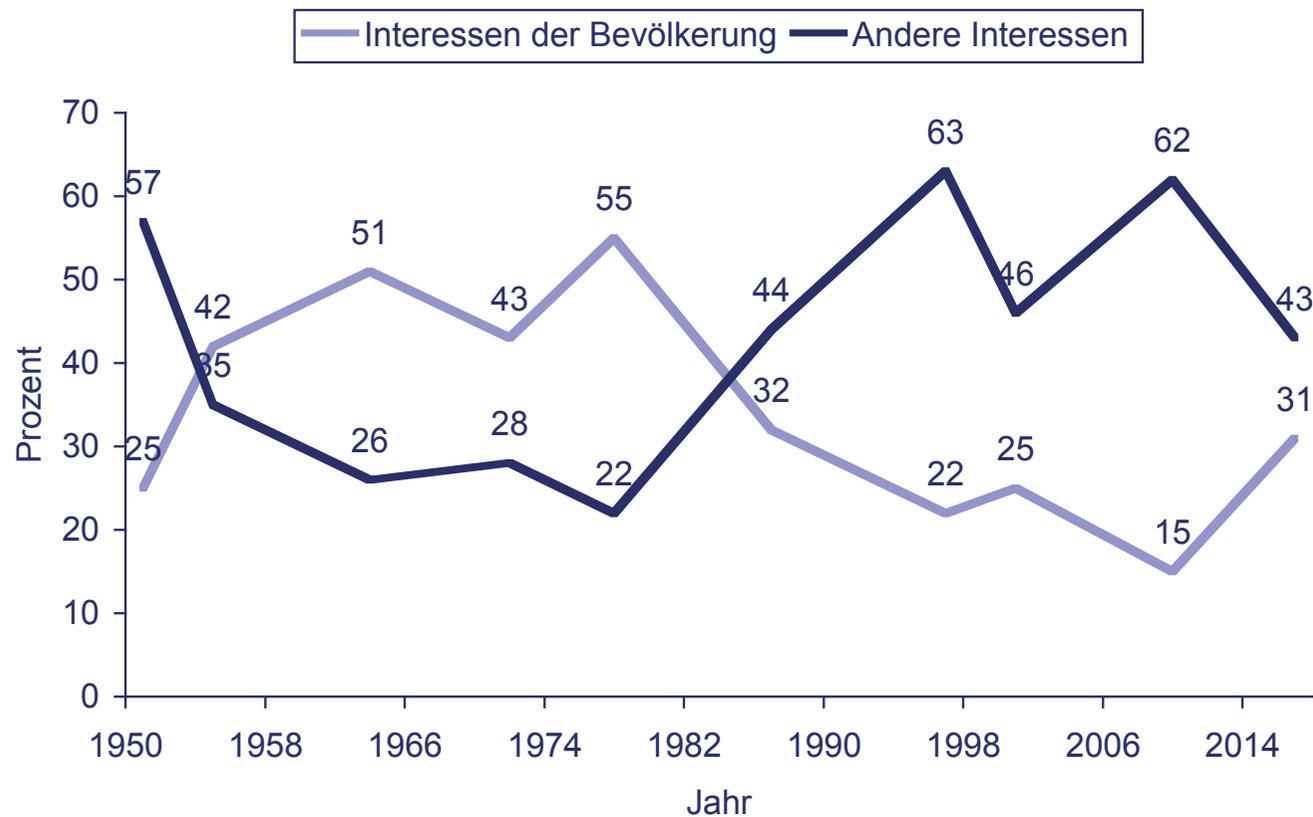
Antwort: „Das denke ich auch öfter.“



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11071

Argwohn gegenüber Abgeordneten

Frage: „Glauben Sie, dass die Abgeordneten in Berlin (Bonn) in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten, oder haben sie andere Interessen, die ihnen wichtiger sind?“

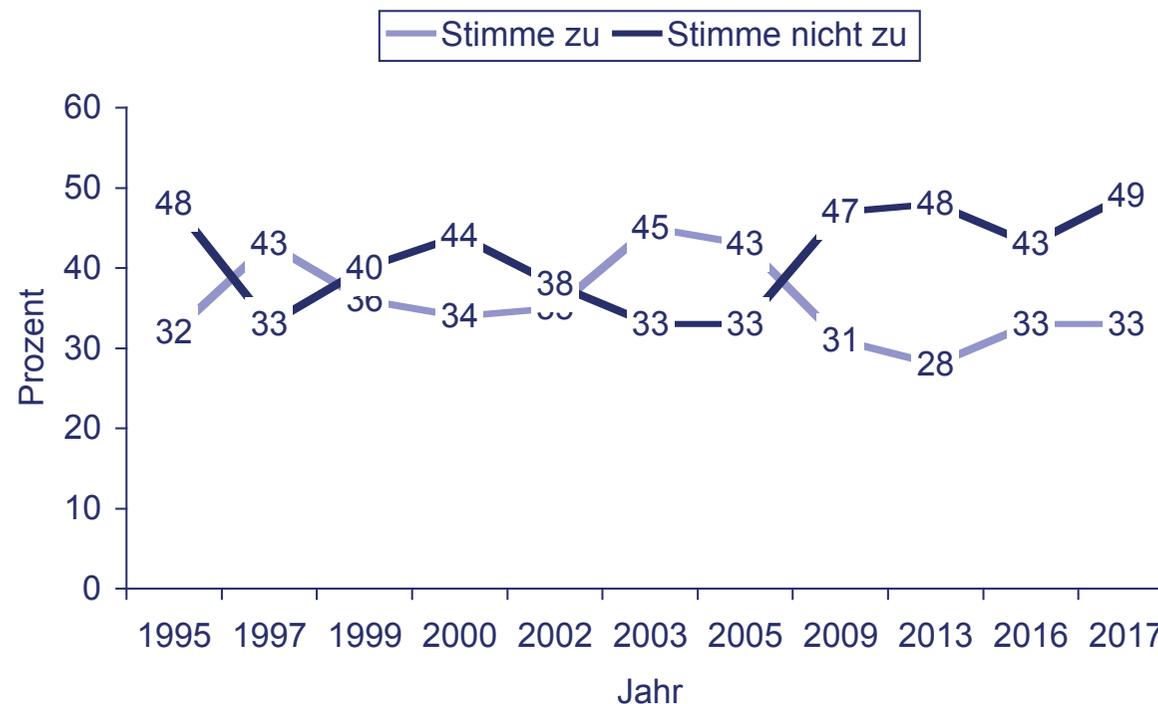


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071

Apokalyptisches Denken

Frage: „Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?“ (Bildblattvorlage)

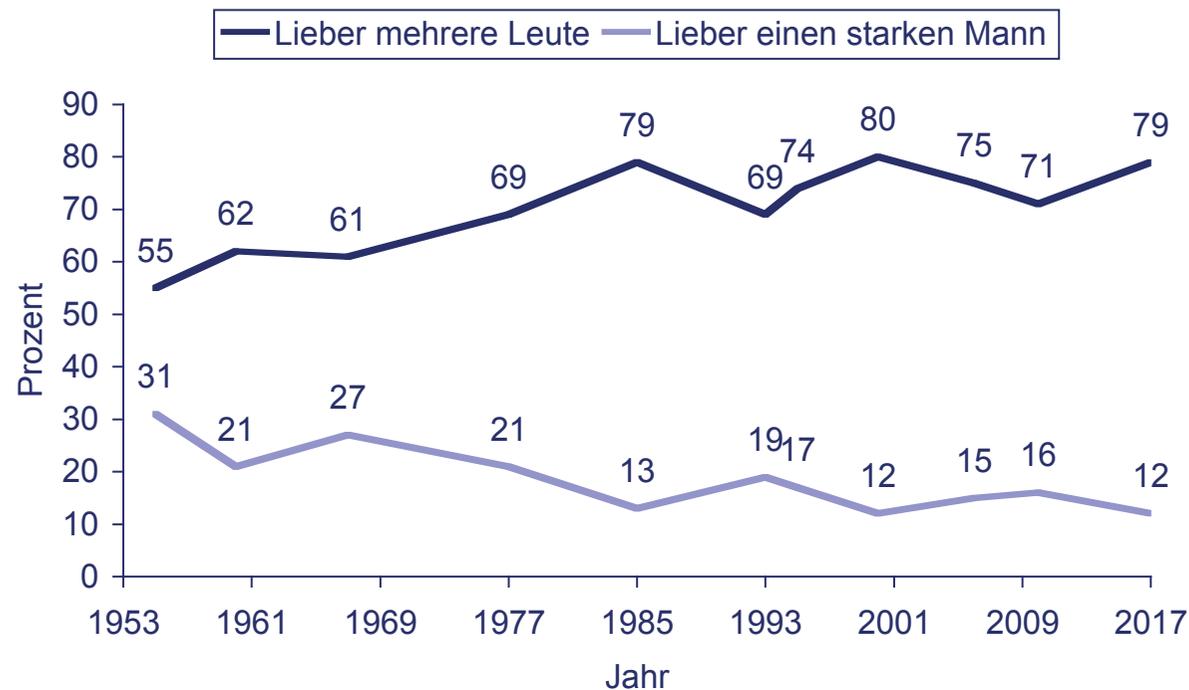
„Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft auf eine ganz große Krise zusteuert. Mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten können wir diese Probleme nicht lösen. Das schaffen wir nur, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern.“



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071

Der „starke Mann“

Frage: „Zwei Männer unterhalten sich darüber, wie man ein Land regieren soll. Der eine sagt: ‚Mir gefällt es am besten, wenn das Volk den besten Politiker an die Spitze stellt (...). Der andere sagt: ‚Mir ist es lieber, wenn mehrere Leute etwas im Staat zu bestimmen haben (...). Welche dieser beiden Meinungen kommt Ihrer eigenen am nächsten - die erste oder die zweite?“ (Westdeutschland)

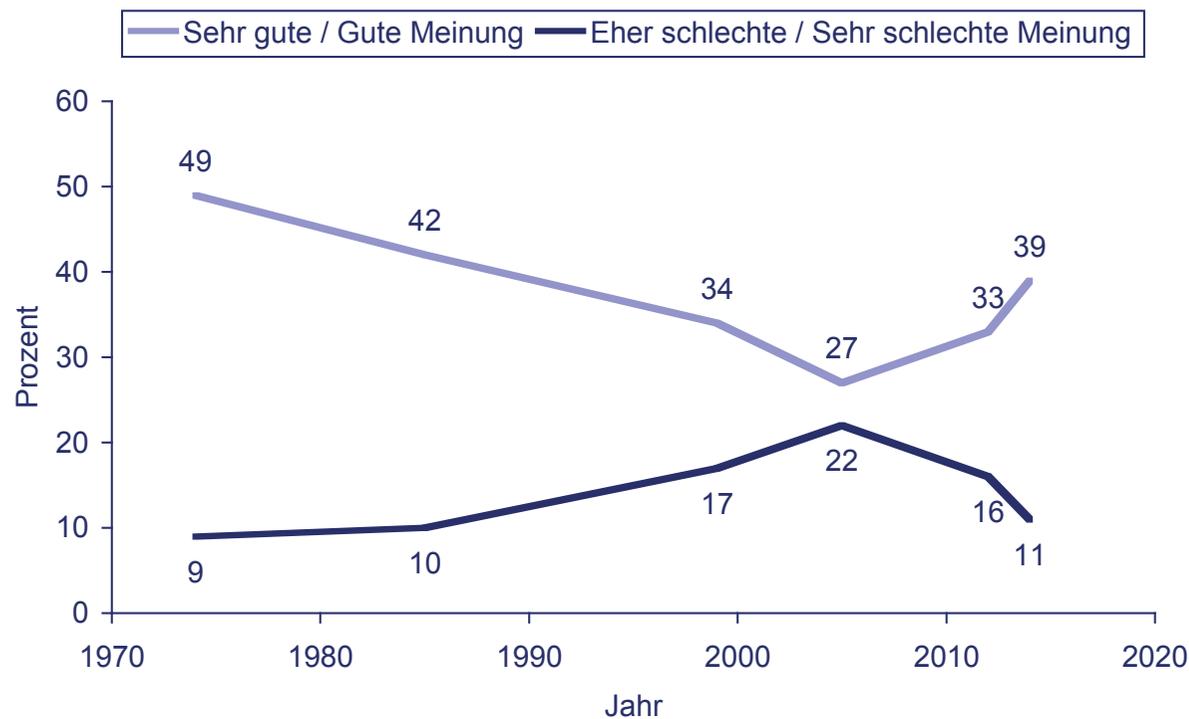


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071

Einstellung gegenüber dem Bundestag

Frage: „Es gibt verschiedene Ämter und Einrichtungen, die für die politischen Entscheidungen in Deutschland von Bedeutung sind. Einige davon stehen auf diesen Karten. Könnten Sie die Karten bitte auf dieses Blatt verteilen, und zwar je nachdem, ob Sie darüber eine gute oder keine gute Meinung haben?“ (Bildblatt- und Kartenspielvorlage)

-Bundestag -

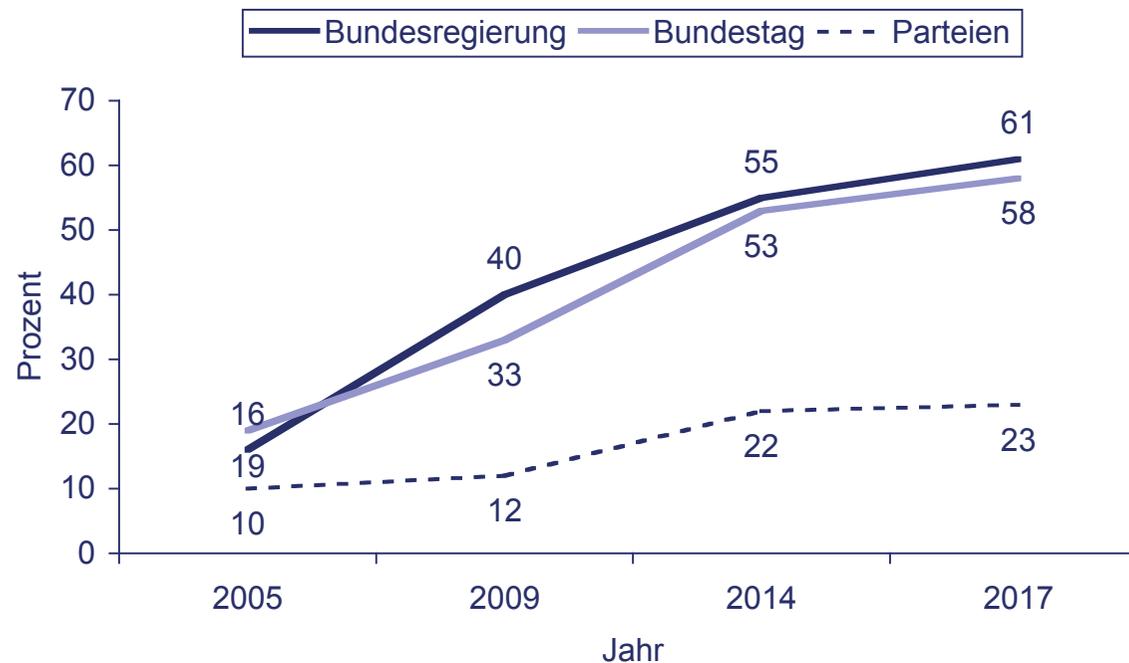


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 3010, 4061, 6080, 7971, 10096, 11022

Das Vertrauen in Institutionen nimmt wieder zu

Frage: „Auf dieser Liste stehen verschiedene staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen bzw. Institutionen. Könnten Sie bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?“ (Listenvorlage)

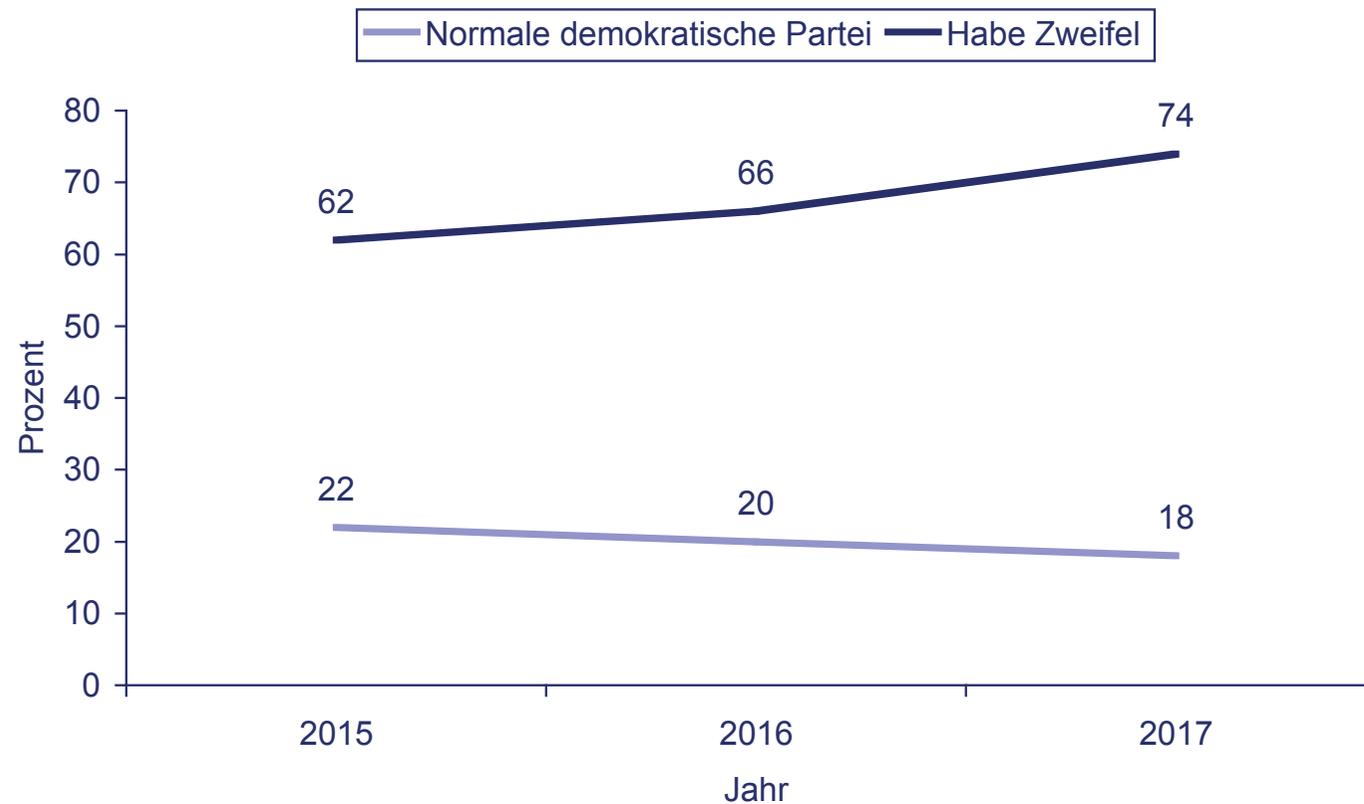
Antwort: „Sehr viel“ oder „Ziemlich viel Vertrauen“



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7072, 10037, 11027, 11071

Die AfD - eine normale demokratische Partei?

Frage: „Halten Sie die ‚Alternative für Deutschland‘, die AfD, für eine normale demokratische Partei, oder haben Sie da Zweifel?“

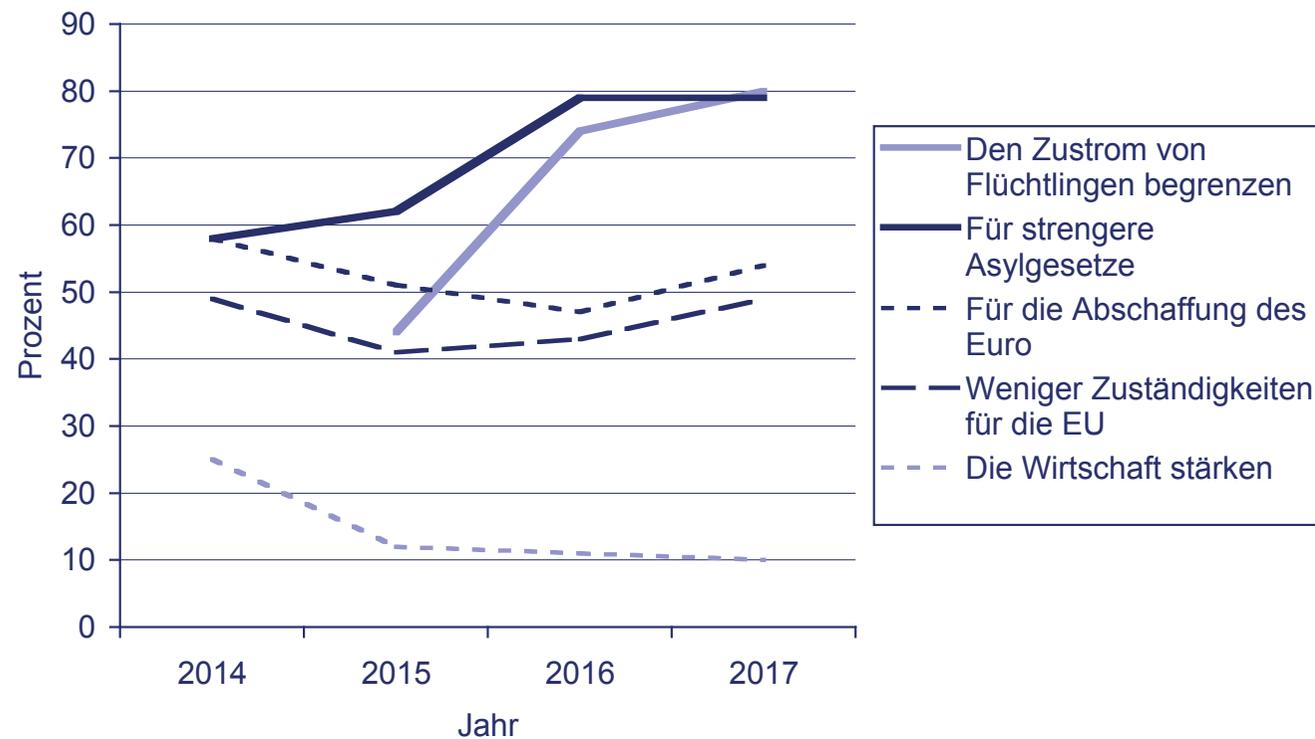


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11034, 11062, 11071

Wofür die AfD steht

Frage: „Wofür steht die ‚Alternative für Deutschland‘, wofür setzt sich die ‚Alternative für Deutschland‘ besonders ein?“

- Auszug aus den Angaben -

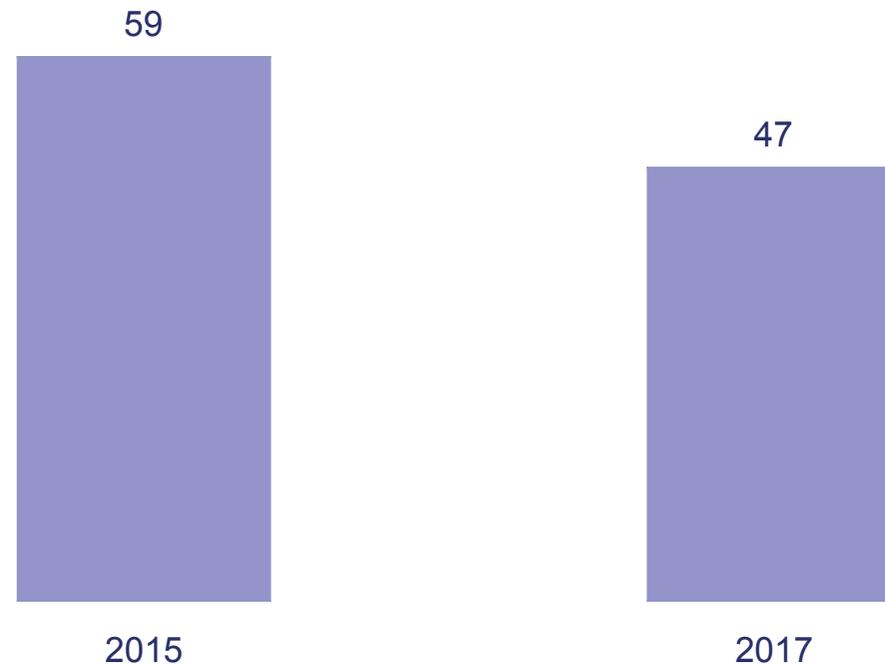


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11031, 11046, 11062, 11071

Das Gefühl, die Freiheit sei in Gefahr, hat insgesamt abgenommen

Frage: „Was sehen Sie als Gefahr für die Freiheit in Deutschland, wer oder was bedroht die Freiheit hier bei uns Ihrer Meinung nach?“ (Listenvorlage)

- Durchschnittswerte für 15 identische Listenpunkte -

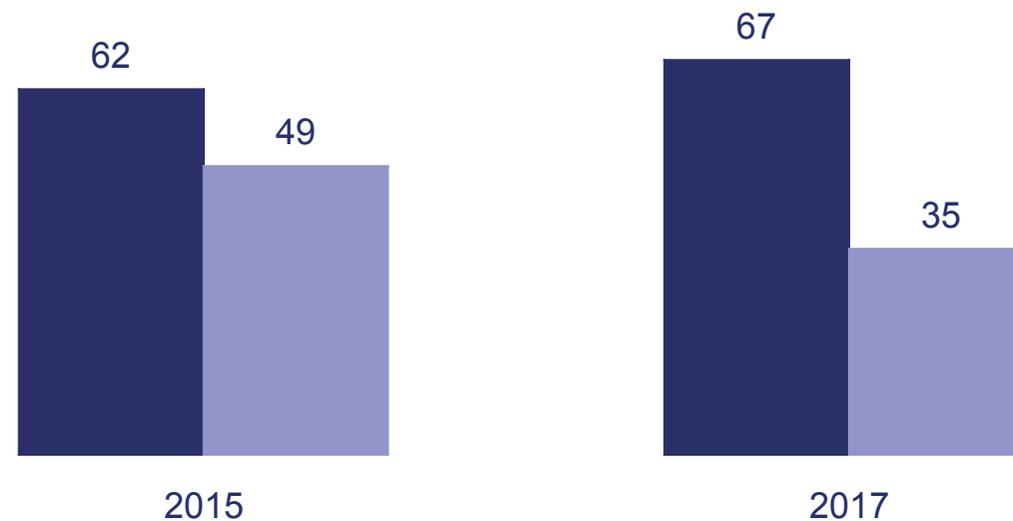


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11039, 11071

Mehr Sorge vor Terrorismus, weniger vor der Einschränkung der Bürgerrechte

Frage: „Was sehen Sie als Gefahr für die Freiheit in Deutschland, wer oder was bedroht die Freiheit hier bei uns Ihrer Meinung nach?“ (Listenvorlage)

- Durchschnittswert für Punkte, die die Themen Extremismus, Terrorismus und Islam betreffen
- Durchschnittswert für Punkte, die die Themen Überwachung und Einschränkung der Bürgerrechte betreffen



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11039, 11071

Dr. Thomas Roessing

Medieninhaltsanalyse

Medieninhaltsanalyse

1. Einleitung

Die Inhaltsanalyse ist eine kommunikationswissenschaftliche Datenerhebungsmethode. Sie ist „eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen; (häufig mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz).“ (Werner Früh) Die Methode der Inhaltsanalyse beruht auf dem Zählen von Beitragsmerkmalen. So, wie die quantitative Umfrageforschung holzschnittartig die Merkmale vieler Befragter erfasst, ohne der individuellen Persönlichkeit des einzelnen Befragten gerecht werden zu wollen, zählt die Inhaltsanalyse Merkmale vieler Medienbeiträge, ohne jeden dieser Beiträge einer intensiven Interpretation zu unterziehen. Ihre Befunde gelten für Aggregate der analysierten Berichterstattung, können aber über einzelne Artikel keine Aussagen machen.

Wie in jedem Jahr seit 2011 waren die Süddeutsche Zeitung (SZ), die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die Welt (WELT) und das Nachrichtenmagazin der Spiegel Gegenstand der Untersuchung. Sie sind ein Teil des sogenannten Publizistischen Spektrums. Sie gelten als Leitmedien, die als Gradmesser für Themen und Tendenzen in den deutschen

Medien fungieren. Eine Vollerhebung aller relevanten Medien, vor allem derer mit hoher Reichweite, wie Bildzeitung oder Fernsehnachrichten, wäre wünschenswert, denn sie könnte aussagekräftigere Ergebnisse liefern. Das gilt besonders mit Blick auf mögliche Auswirkungen der Medienberichterstattung auf die öffentliche Meinung. Derart umfangreiche Untersuchungen würden jedoch den organisatorischen und finanziellen Rahmen des Freiheitsindex Deutschland sprengen.

Die Fallzahl war 2017 etwas niedriger als in manchen Jahren zuvor, allerdings etwas höher als 2016. Das ist weder verwunderlich, noch problematisch. Im zeitlichen Verlauf der untersuchten Kategorien zeigen sich keine auffälligen Brüche, was für die Stabilität der Untersuchungsmethode spricht. Aus forschungsökonomischen Gründen liegt der Analyse seit 2015 ein gegenüber den ersten Jahren deutlich verkleinertes Codebuch zugrunde. Die Feldarbeit übernahm erneut MCT in Dortmund.

2. Frameanalyse

In der Kommunikationswissenschaft versteht man unter Frames Perspektiven, Sichtweisen, Interpretationen, die Nachrichten oder Berichte dem Rezipienten nahelegen.

2.1 Verbot versus Selbstbestimmung

In 145 von 1869 Beiträgen (etwa 8 Prozent) erfassten die Codierer den Frame Verbot versus Selbstbestimmung. Die Ausprägung Verbot bedeutet hier, dass ein Beitrag dem Leser nahelegt, dass etwas (Gegenstände oder Verhaltensweisen) verboten oder anderweitig reguliert und kontrolliert werden sollte, während die Perspektive der Selbstbestimmung bedeutet, dass der Umgang mit den fraglichen Gegenständen und Verhaltensweisen der Selbstbestimmung der Menschen überlassen bleiben sollte.

Wie in den vergangenen Jahren überwog auch 2017 die Perspektive des Verbots mit 59 Prozent (n=85) deutlich gegenüber der der Selbstbestimmung. Schaubild 1 zeigt die Verteilung der Ausprägungen des Verbotsframes. Schaubild 2 zeigt den zeitlichen Verlauf der Ausprägungen Verbot und Selbstbestimmung seit 2011 (ambivalente Beiträge sind dabei nicht ausgewiesen).

Verbotsframe

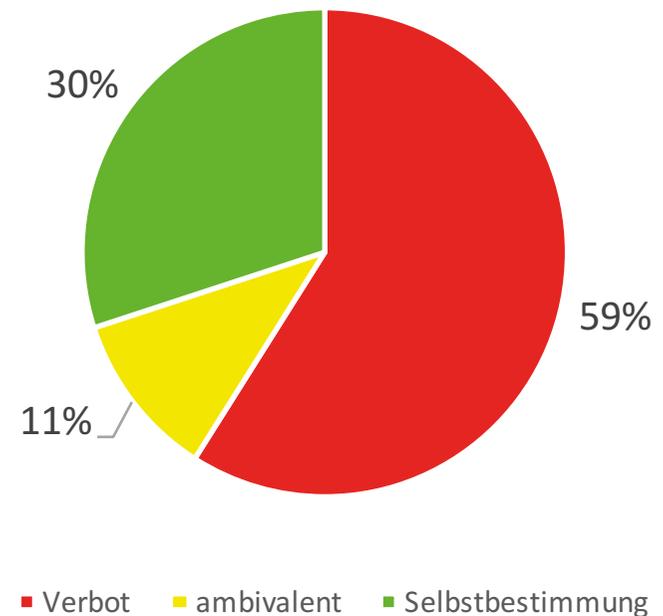


Schaubild 1: Verbot vs. Selbstbestimmung (n=145)

Verbot vs. Selbstbestimmung

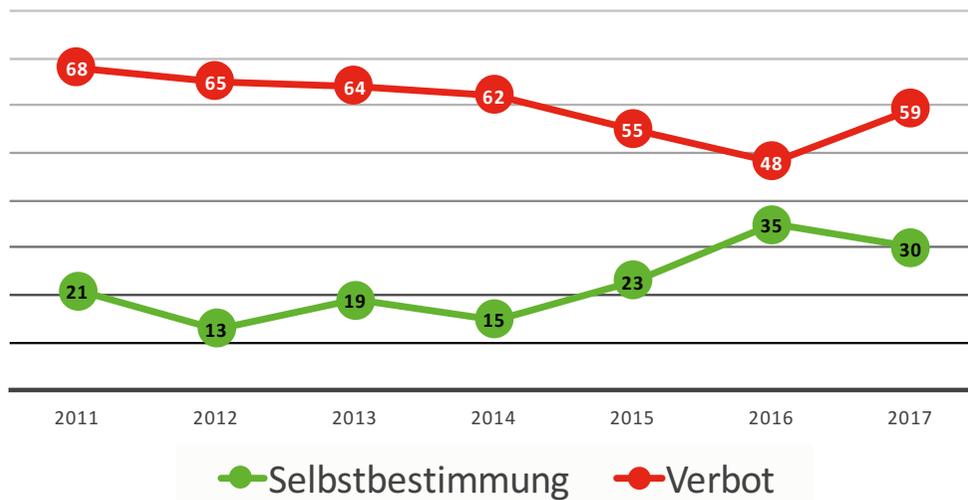


Schaubild 2: Zeitlicher Verlauf der Darstellung von Verbot und Selbstbestimmung 2011 bis 2017 (Prozentanteile)

Zwangsframe

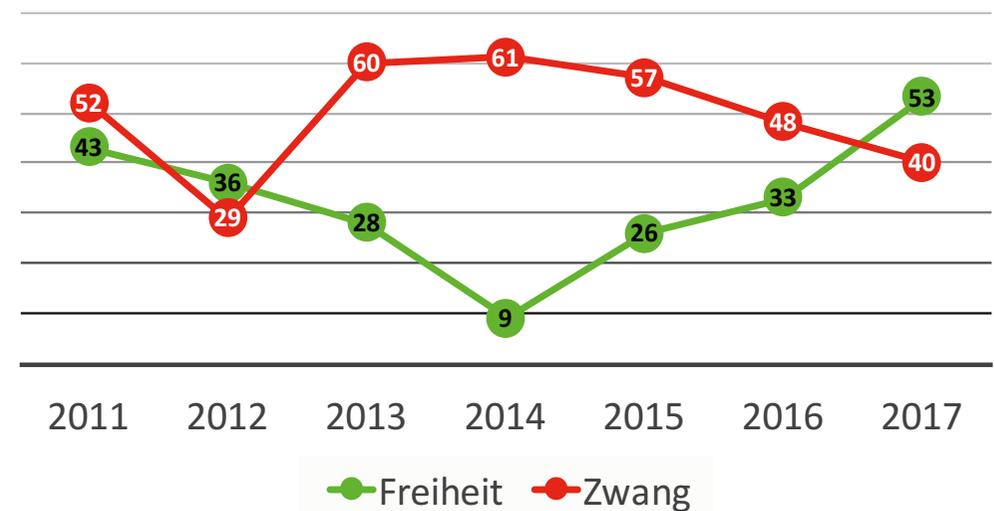


Schaubild 3: Freiheit oder sozialer Zwang 2011 bis 2017 (Prozentanteile)

2.3 Gleichheitsframe

Gleichheit ist ein Wert, der mit dem der Freiheit konkurriert. Deshalb erfasst der Gleichheitsframe, ob die untersuchten Beiträge einen Gegenstand eher aus der Perspektive der Freiheit, der freien Entfaltung und der Vielfalt darstellen oder aus der Perspektive möglichst großer Gleichheit.

Die Codierer verschlüsselten den Gleichheitsframe im Untersuchungszeitraum zu Beginn des Jahres 2017 in 49 Beiträgen. Erwartungsgemäß dominierte auch in diesem Jahr die Gleichheitsperspektive (Schaubild 4).

Ähnlich wie beim Zwangsframe zeigt sich beim Gleichheitsframe ein kontinuierlicher Rückgang der Freiheitsperspektive von 2012 bis 2014, der 2015 von einem Ansteigen abgelöst wird. Der Anteil der Freiheitsperspektive stabilisiert sich 2016 und 2017 auf verhältnismäßig hohem Niveau.

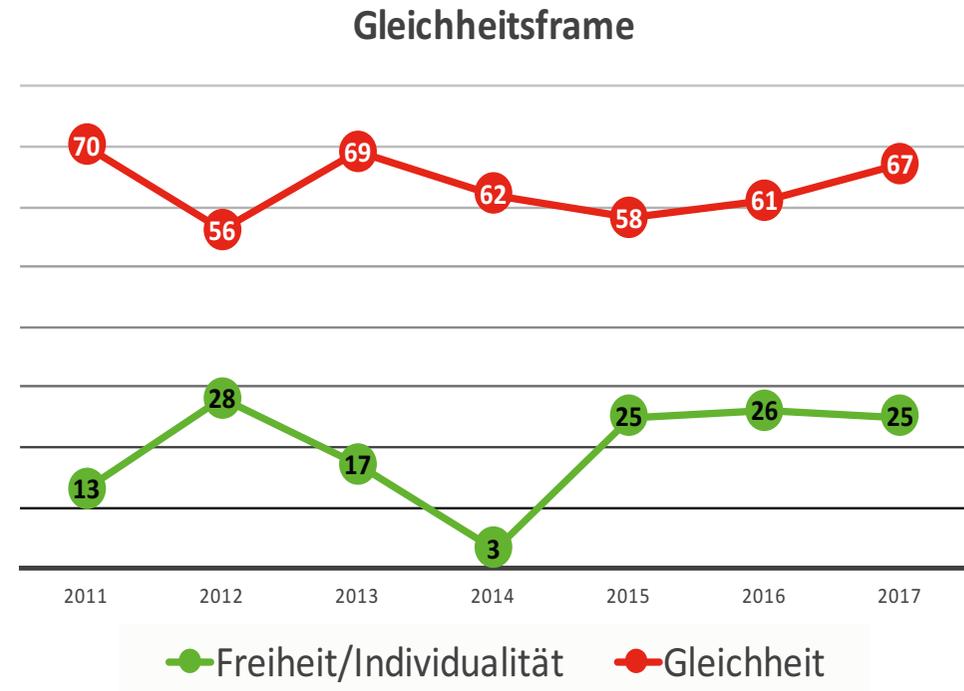


Schaubild 4: Freie Entfaltung oder Gleichheit? 2011 bis 2017 (Prozentanteile)

2.4 Sicherheitsframe

Der Sicherheitsframe fließt nicht in die Berechnungen des eigentlichen Indexwerts ein. Den im Zeitverlauf stets beachtlichen Abstand der Messwerte für Freiheit und Sicherheit zeigt Schaubild 5.

Schaubild 5 zeigt für den Sicherheitsframe eine ähnliche Entwicklung wie beim Zwangsframe. Nachdem 2014 ein Bodeneffekt zu befürchten war, gewann die Perspektive der Freiheit 2015 leicht dazu. Dieser Zuwachs stabilisierte sich 2016, die Freiheitsperspektive verlor jedoch 2017 wieder Anteile. Themen der Beiträge, in denen der Sicherheitsframe hauptsächlich vorkam, waren Innere Sicherheit (n=37), Ausländer / Asylanten / Flüchtlinge (n=7) und Internet (n=6).

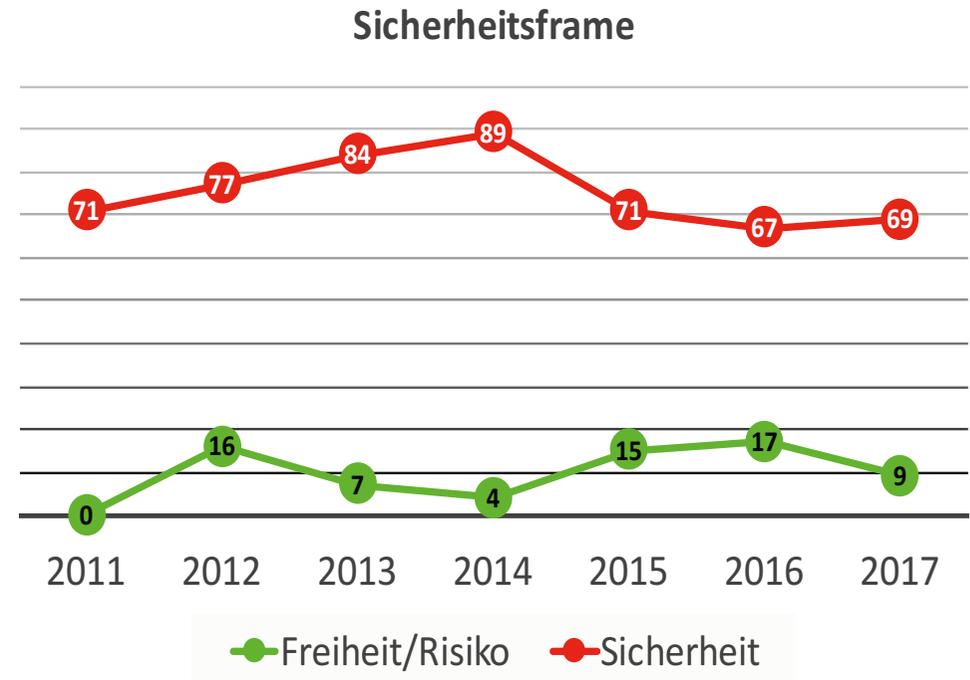


Schaubild 5: Freiheit und Sicherheit 2011 bis 2017 (Prozentanteile)

3. Populismus

Schwerpunktthema des Freiheitsindex' Deutschland 2017 ist Populismus. In das Codebuch für die Inhaltsanalyse wurden daher Kategorien aufgenommen, die das Vorkommen von Populismus in der Berichterstattung (einschließlich der populären Populismusvorwürfe) ebenso erfassen wie für Populisten typische Postulate.

Populismus kam explizit in 85 von 1869 Beiträgen vor (das entspricht 4,5 Prozent). Beim Zählen der wörtlichen Erscheinungen des Populismus erfassten die Codierer auch, ob das Wort im Zusammenhang mit politischen Richtungen erscheint. Schaubild 6 zeigt, wie sich die 85 wörtlichen Nennungen auf die politischen Richtungen verteilen.

Mittlere Bedrohung für den westlichen Lebensstil. Abbildung 6 zeigt die Befunde zur Bedrohung des westlichen Lebensstils. Deutsche Leitmedien verwendeten das Wort Populismus im Untersuchungszeitraum mehrheitlich ohne eine politische Orientierung damit zu verbinden. Wenn eine politische Orientierung mit dem Wort Populismus verknüpft wurde, war das in der weit überwiegenden Mehrzahl dieser Fälle der Rechtspopulismus.

Elf Populismusvorwürfe richteten sich gegen Martin Schulz, den SPD-Vorsitzenden und Spitzenkandidaten der SPD für die Bundestagswahl 2017. Er ist damit Spitzenreiter unter den Objekten der Populismusvor-

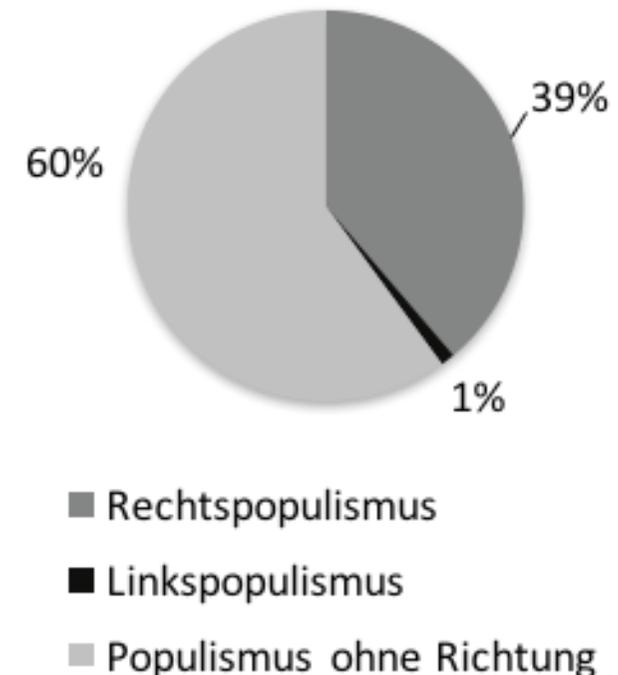


Schaubild 6: Politische Richtungszuschreibung bei wörtlich erwähntem Populismus (n=85)

würfe in den untersuchten Leitmedien im Untersuchungszeitraum. Populistische Positionen, Ideen und Forderungen kamen in den untersuchten Printmedien allenfalls vereinzelt vor. Das gilt beispielsweise für die Auffassung, dass die politischen Eliten und ihre Institutionen versagen: 13 Beiträge bescheinigen der Bundesregierung, nicht funktionsfähig zu sein, die Gesetze funktionierten nicht, stand in sechs Beiträgen und die Funktionsfähigkeit der Justiz bzw. der Gerichte zogen fünf Beiträge in Zweifel.

Eine andere unter Populisten populäre These ist, dass die Gesellschaft auf eine große Krise zusteuert, gegen die dringend etwas Drastisches zu unternehmen sei. Falls derartige Positionen im Untersuchungszeitraum vertreten wurden, haben die untersuchten Medien sie praktisch nicht transportiert. Die Frage, ob Deutschland auf eine große Krise zusteure, kommt nur in 27 Beiträgen überhaupt vor.

Thomas Roessing

mct
medienagentur

© John Stuart Mill Institut, Bad Homburg 2017

Kontakt:

John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e.V.
Geschäftsstelle
Kaiser-Friedrich-Promenade 85
61348 Bad Homburg

Telefon: +49 (0) 6172 6626887

Mail: ulrike.ackermann@mill-institut.de

Institut: <http://www.mill-institut.de>

Persönlich: <http://www.ulrike-ackermann.de>